

FRIEDENS JOURNAL

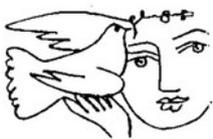


Der blinde Fleck: 8 Jahre Krieg in der Ukraine



Foto: B.G. Gagnon

- Faschisten in Osteuropa – stark präsent und ignoriert
- Bewaffnete Freiwilligenbataillone: Informelle Machthaber in der Ukraine
- Kosovo als Präzedenzfall für Donbass
- Militärische Expertenmeinungen und „Defätismus“
- Russland und der Westen: Kalter Krieg um Narrative
- Augenzeugenberichte und Stimmungsbilder aus dem Donbass
- „Gemeinsame Sicherheit 2022“ (Olof-Palme-Bericht 2.0)



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Mai - Juni 2022/Nr. **3**

Der blinde Fleck: 8 Jahre Krieg in der Ukraine

Inhalt

Faschisten in Osteuropa – stark präsent und ignoriert	3
Das Gedenken der Wehrhaften	5
Bewaffnete Freiwilligenbataillone: Informelle Machthaber in der Ukraine	6
Kosovo war der Präzedenzfall für Donbass	8
Augenzeugenberichte aus dem Donbass	9
Militärische Expertenmeinungen und „Defätismus“	10
An der Frontlinie in Lugansk	11
Russland und der Westen: Kalter Krieg um Narrative	12
Tagesschau: Eingebetteter Journalismus	14
Gemeinsame Sicherheit 2022	15
Ostermarschrede in Heidelberg	18
Nato-Kongress / Ramstein-Aktionswoche	20

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: **2.5.2022**

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp,
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und
weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab
2010.

ISSN 2193-9233

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Beginn des Ukrainekrieges durch Russland am 24.2.2022 gibt es nicht nur eine medial erdrückende Flut an Propaganda mit einseitiger Positionierung zugunsten der Ukraine, sondern auch eine Vielzahl von differenzierten Analysen, mit denen die Vorgeschichte dieses Krieges behandelt wird. Wir haben auch im Friedensjournal bereits häufiger auf mögliche Konsequenzen von Nato-Osterweiterung und propagandistischem Trommelfeu-er gegen Russland hingewiesen.

Ungeachtet der notwendigen Verurteilung der russischen Intervention müssen wir aber „Kenntnisse über Kriegsursachen für Lösungsansätze nutzen“, wie es Joachim Guilliard bei seinem Ostermarsch-Redebeitrag in Heidelberg formuliert hat (siehe Seite 18).

Die Probleme in der Ukraine durch den rechten Sektor haben wir im Friedensjournal in der Vergangenheit ebenso behandelt wie die nationalistisch-faschistischen Strömungen in anderen osteuropäischen Ländern. Dass wir diese Thematik mit dem Interviewbeitrag von Ulrich Schneider an den Anfang stellen, sollte den großen Rahmen bilden, um die Nato-Unterstützung in Osteuropa verständlich zu machen.

Nur am Rande behandelt wurde von uns nicht nur im Friedensjournal, sondern bei den meisten Friedensbewegten hierzulande die Situation im Donbass, wo bereits seit 8 Jahren ein Krieg stattfindet, wenngleich meistens eingefroren. Das geltende Narrativ ist: „Prorussische“ Rebellen bzw. Separatisten kämpfen dort gegen das ukrainische Militär. Unterstellt wird dabei, dass Russland hierbei von Anfang an

eine maßgebende Rolle gespielt und damit zur Destabilisierung der Ukraine beigetragen habe. Für die Nicht-Umsetzung des 2015 unter maßgebender Mitwirkung von Angela Merkel zustande gekommenen Abkommens Minsk II zur Befriedung dieser Region wird seitdem Russland verantwortlich gemacht. Wichtigster Akteur wäre aber die Ukraine gewesen, die dessen Umsetzung von Anfang an bis heute rigoros boykottiert hat.

Deshalb ist die Situation im Donbass der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Wir hoffen, damit einen blinden Fleck in der Wahrnehmung des Gesamtkonfliktes um die Ukraine aufzuhellen.

Für die Friedensbewegung wird es in den nächsten Wochen und Monaten ungeachtet unterschiedlicher Bewertungen des Ukraine-Krieges um den Widerstand gegen das 100-Mrd.-Euro-Aufrüstungspaket der Bundesregierung gehen. Dabei wird nicht nur die Aufklärung über die aktuellen Konfliktursachen – wie in den Beiträgen dieser Ausgabe dargestellt – für uns eine wesentliche Rolle spielen.

Noch wichtiger ist die Darstellung von vorhandenen und für das Überleben der Menschheit existenziell notwendigen Alternativen. Eine wichtige Arbeitsgrundlage sollte dabei der soeben nach intensiver und international auf höchster Ebene von Nichtregierungsorganisationen erstellte Bericht „Common Security 2022“ sein. Dieser ist eine Fortsetzung der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“ von Olof Palme, die 1982 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges zwischen Ost und West eingesetzt wurde. Einen Auszug der deutschen Fassung haben wir in dieser Ausgabe abgedruckt.

Karl-Heinz Peil



Fotos: Jugendkongress in Frankfurt a.M. vom 23.4.2022, der mit fast 300 jugendlichen TeilnehmerInnen sehr gut besucht war. Am Rednerpult: MdB Sevim Dagdelen



Faschisten in Osteuropa – stark präsent und ignoriert

von Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)
– Bund der Antifaschisten

FJ: Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten sind wohl in den meisten europäischen Ländern nach wie vor ein gravierendes Problem. Machen osteuropäische Länder hierbei einen Unterschied?

U.S.: Rassismus ist in der Tat kein regionales Problem in Europa. Wir haben in fast allen Ländern der europäischen Union – nicht erst seit der Ankunft der Flüchtlinge 2015 – ein Rassismus-Problem. Er richtet sich gegen verschiedene migrantische Gruppen, gegen gesellschaftliche Minderheiten und gegen Flüchtlinge.

In Osteuropa, aber auch auf dem Balkan, haben wir die Situation, dass sich dieser Rassismus insbesondere gegen **die stigmatisierte Gruppe der Roma** richtet.

Bekanntlich haben sich mehrere osteuropäische Länder in den Jahren nach 2015 geweigert – im Rahmen der europäischen Solidarität mit den Aufnahmeländern – Flüchtlinge, die in Italien, Griechenland oder Spanien in den Massenquartieren hausen müssen, in ihr Land aufzunehmen.

Angeblich könne man einem „christlichen Land“ nicht zumuten, muslimische Flüchtlingsgruppen zu beherbergen – so viel zum Thema „christliche Nächstenliebe“. Erinnert sei an das immer noch nicht gelöste Problem der syrischen und afghanischen **Kriegsflüchtlinge an der Grenze zwischen Belarus und Polen**, wobei Polen deren Aufnahme strikt verweigert.

Jetzt, wo durch den Krieg ukrainische Kriegsflüchtlinge kamen, war Polen auf einmal bereit, Ukrainer, die schon in den Jahren zuvor als Billiglohnarbeiter in Polen ausgebeutet wurden, aufzunehmen – mit der Begründung, sie seien „Christen“ und daher nicht so fremd wie die anderen Flüchtlinge. So sieht osteuropäischer Rassismus praktisch aus.

FJ: Faschistische Umtriebe in Osteuropa sind kein neues Thema. Beispielhaft

dafür stehen SS-Traditionsverbände im Baltikum und die „nationalistische“ Bewegung in der Ukraine, die sich bewusst auf die Tradition des Nazi-Kollaborateurs Bandera beruft. Was haben diese „Traditionslinien“ gemeinsam.?

U.S.: Faschistische Gruppen und Traditionen haben durchaus mit dem eben angesprochenen Rassismus zu tun. In allen so genannten Transformationsstaaten, die in den 1990er Jahren aus dem Ostblock oder der Auflösung der Sowjetunion hervorgegangen sind, versucht die nationale Bourgeoisie, eine „nationale Identität“ zu generieren.

Solche Identitäten lassen sich konstruieren durch die Aus- und Abgrenzung von „Fremden“ oder von gesellschaftlichen Gruppen, die zu „Fremden“ erklärt werden. So wird **in den baltischen Republiken** die russischsprachige Bevölkerungsgruppe, die familiäre Wurzeln in Russland hat, teilweise sogar noch die russische Staatsangehörigkeit besitzt, zu Mitbürgern minderen Rechtes auch juristisch erklärt.

Dass denen, die Jahrzehnte in den jeweiligen Ländern leben, grundlegende Bürgerrechte verwehrt werden, dass Medien, die in russischer Sprache berichten, als **„Propagandasender“** verboten werden, sind deutliche Signale für diese nationalistische Ausgrenzung – interessieren aber nicht die europäische Kommission.

Zum Aufbau einer eigenen nationalen Identität gehört gleichzeitig eine **„kollektive Geschichtserzählung“**, in der sich der Kampf um die nationale Unabhängigkeit schon seit Jahrzehnten, möglichst seit Jahrhunderten zeigt.

Bekanntlich hat der deutsche Imperialismus im ersten und im zweiten Weltkrieg solche nationalen Strömungen ausgenutzt, um damit das zaristische Russland und später die Sowjetunion zu schwächen und militärische Vorteile daraus zu ziehen.

Erschreckend und in jeder Hinsicht geschichtsvergessen ist es, dass genau diese instrumentalisierten nationalistischen Bewegungen, die sich dann auch als willfährige Werkzeuge der deutschen Kriegs- und Vernichtungspolitik zeigten, heute als **„nationale Identifikationspunkte“** von den Regierungen und den nationalistischen Kräften in den jeweiligen Ländern eingesetzt werden.

Erinnert sei an die **jährlichen Aufmärsche Mitte März in Riga**, wo die SS-Legion öffentlich geehrt wird, an die Bandera-Verehrung Anfang Januar in großen Teilen der Ukraine und selbst die dortigen Gedenkmärsche für die SS-Division Germania.

Dass auch in **Ungarn** Mitte Februar und in **Sofia** zum Andenken an einen faschistischen Kollaborateur die extreme Rechte Aufmärsche organisiert, zeigt, wie verbreitet diese nationalistische Perspektive auch dort ist, wo es nicht durch Regierungspolitik instrumentalisiert wird.

FJ: Seit dem Maidan-Putsch 2014 ist die Präsenz von Faschisten in der Ukraine eigentlich nicht mehr zu übersehen. SS-Runen und das daran angelehnte Symbol des Aow- Bataillons sind auch bildlich nicht zu übersehen. Wie ist es deiner Ansicht nach möglich, dass dieses in den deutschen Medien völlig ausgeblendet werden kann?

U.S.: Für antifaschistische Beobachter der Ukraine war das Anwachsen der offenen Faschisten und ihrer gewalttätigen Formationen schon im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre nicht zu übersehen. Es begann – wie eben schon genannt – mit der **Rehabilitierung von Stepan Bandera**, der in der Westukraine bereits damals den Charakter eines „Nationalhelden“ besaß.

Solche Geschichtsrevision, die durch politische Parteien wie Svoboda und militante Gruppen, wie dem „pravi sektor“, gesellschaftlich vorangetrieben wurde, war damals noch nicht „Regierungspolitik“, beeinflusste aber

das politische Klima in der Ukraine massiv.

Kritik an diesen Tendenzen wurde in der Ukraine zumeist von der russisch-sprachigen Bevölkerungsgruppe in der Ostukraine geübt. Die war aber nicht dominant in Kiew, wo vor allem westliche Medien und Think-Tanks die öffentliche Wahrnehmung prägten. Außerdem kritisierten die russischsprachigen Gruppen die Neuorientierung der Ukraine in Richtung EU und NATO. Damit war ihre Haltung für unsere Journalisten per se nicht akzeptabel.

Die Berichterstattung der westlichen Medien über den „Freiheitskampf der Ukraine“ auf dem **Maidan 2014**, wo es mit Hilfe der faschistischen Banden gelang, den gewählten Präsidenten zu stürzen, wobei die deutsche und französische Regierung aktive Hilfestellung leisteten, zeigte das. In der medialen Öffentlichkeit wurden bewusst alle „störenden Bilder“, die die Perspektive einer in die EU strebenden Ukraine problematisieren könnten, ausgeblendet.

Ich erinnere nur daran, dass das Pogrom im **Gewerkschaftshaus in Odessa** nur noch von antifaschistischen Journalisten weiterverfolgt wurde. Dass die Journalisten um das Problem der Neofaschisten wussten, wurde anlässlich der Wahl von Selenskyj sichtbar, als keine bürgerliche Zeitung es versäumte hervorzuheben, dass bei dieser Wahl offen faschistische Parteien nur marginale Prozentpunkte erhalten haben, als wenn Neofaschismus

sich nur im Parlament ausdrücken würde.

Es waren **ukrainische Antifaschisten**, die dokumentierten, dass z.B. das Asow-Bataillon nicht deshalb „friedlich“ geworden sei, weil es in die reguläre ukrainische Armee eingegliedert wurde. Mehr noch, Asow konnte nun im Regierungsauftrag seinen Terror fortsetzen, wie bei Aktionen gegen Regierungsinstitutionen in Kiew sichtbar wurde.

Den **Gipfel verharmlosender Berichterstattung** lieferte Mitte April Springers „Welt“, die ihren Lesern in einem umfangreichen Beitrag erzählte, dass das Asow-Bataillon, das zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit ausländischen faschistischen Söldnern in Mariupol Zivilisten als menschliche Schutzschilde einsetzte, nichts anderes sei als eine Spezialeinheit, wie sie alle Armeen dieser Welt hätten.

FJ: Offizielles russisches Kriegsziel in der Ukraine ist dessen „Entnazifizierung“. Wie viel Propaganda und wie viel Plausibilität stecken in dieser Ansage Putins?

U.S.: Es ist vollkommen unstrittig, dass in der **Ukraine Ende 2021** neofaschistische, rassistische und antisemitische Kräfte entscheidenden Einfluss im öffentlichen Leben besaßen.

Dabei waren es weniger die Mandate im Parlament, als vielmehr das praktische Handeln auf den Straßen, die Bedrohung antifaschistischer Kräfte, die öffentliche Diskriminierung der Roma-Minderheit, die Übergriffe gegen jüdische Einrichtungen und viele andere Beispiele.

Gerne betonen unsere Medien, so schlimm könne es doch gar nicht sein, der Präsident habe doch jüdische Vorfahren und setze sich für die Gedenkstätte Babyn Jar ein. Wer so argumentiert, verwechselt das Bild, das propagandistisch für die westliche Welt gezeichnet wurde, mit der alltäglichen Wirklichkeit, über die uns ukrainische Antifaschisten damals sorgenvoll berichteten.

Unabhängig von dieser Realität ist es jedoch für mich vollkommen inakzeptabel,

wenn Putin dies als Legitimation eines Angriffskrieges ins Feld führt. Die Ukraine ist zwar ein reaktionärer, von privater Bereicherung geprägter Staat, bei dem Rechtstaatlichkeit und Meinungsfreiheit extrem eingeschränkt sind, der die eigenen Bevölkerung im Donbass, die er für sich reklamiert, gleichzeitig militärisch angreifen lässt – aber das hat er mit vielen Staaten auf der Welt gemeinsam.

Putins Begründung zielt auf etwas anderes. Es geht um die **Legitimierung dieses Krieges gegenüber der russischen Bevölkerung**, die selbstverständlich in keiner Weise von einem Krieg begeistert ist – selbst wenn der nur als „Militäraktion“ bezeichnet werden darf.

Die Erklärungen gesellschaftlicher Gruppen und Verbände von Ende Februar machen deutlich, dass im russischen Alltagsbewusstsein der Krieg gegen die faschistischen Eindringlinge, der „Große Vaterländische Krieg“, als antifaschistische Heldentat der sowjetischen Armeen präsent ist. Daran knüpft Putins Aussage an, damit versuchte er Zustimmung oder zumindest Akzeptanz zu erzielen.

FJ: Innenpolitische Diskurse – auch im Umfeld der Friedensbewegung – drehen sich in den letzten Jahren immer mehr um die eigene antifaschistische und antirassistische Identität. Ist Deutschland dadurch weniger rassistisch geworden? Was bedeuten die deutschen Verhältnisse bei der Unterscheidung von Flüchtlingen erster und dritter Klasse nach Beginn des Ukraine Krieges?

Ehrlicherweise sehe ich nicht, dass unser Land weniger rassistisch geworden ist. Es war eine Leistung der Regierung Merkel im Jahr 2015, mit dem Satz „Wir schaffen das!“ ausgehend von den vorhandenen Reichtümern eine gesellschaftliche Lösung für die ankommenden Menschen schaffen zu wollen.

Aber das kann weder darüber hinwegtäuschen, dass alle Bundesregierungen sich vor allem für die Verstärkung der Frontex-Einheiten, d.h. für eine „Festung Europa“ und das Prinzip des Verbleibs im „Erstaufnahmeland“ eingesetzt haben, so dass die tatsächliche Hilfe für Menschen in Not im überschaubaren Rahmen bleibt.



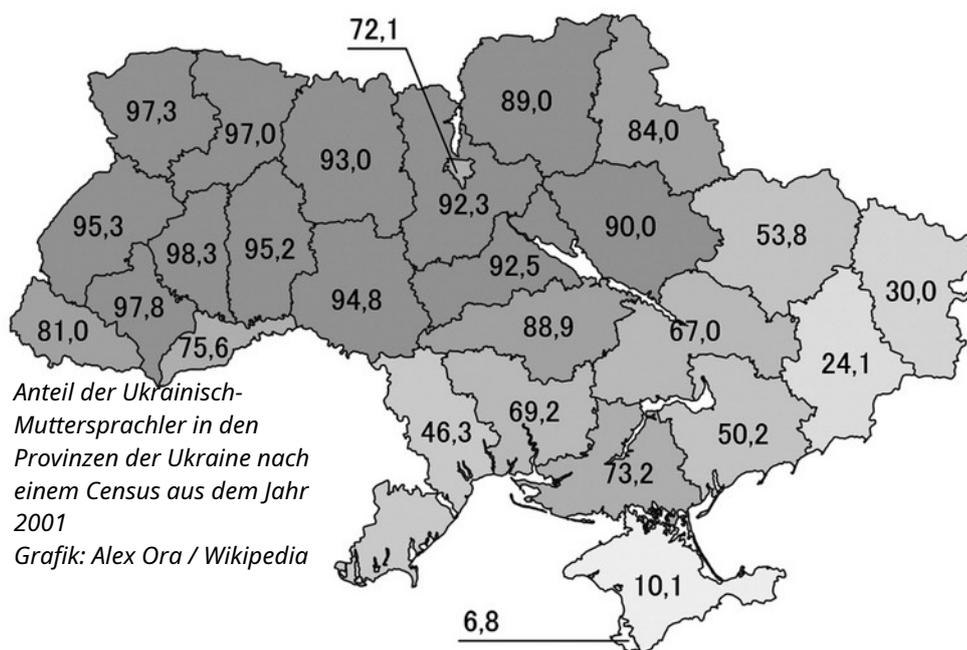
Rechtsextreme Schlägertrupps in der Ukraine (2014)
Quelle: theredphoenixapl.org

Auf der einen Seite erleben wir eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und auch bei offiziellen staatlichen Stellen für ukrainische Kriegsflüchtlinge, während nicht-ukrainische Flüchtlinge weiterhin Diskriminierung und entwürdigende Prozeduren über sich ergehen lassen müssen. Ukrainer bekommen sofort eine Arbeitserlaubnis, um – so die Begründung – für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können.

Warum gilt das nicht für alle Flüchtlinge? Diese Liste könnte man endlos fortsetzen. Es hat den Anschein, dass die Not der ukrainischen Menschen instrumentalisiert, die Not der Nicht-Ukrainer politisch verdrängt wird.

Und man kann auch nicht übersehen, dass der rassistische Mob, der in den Aufmärschen von Pegida und den Wahlergebnissen für die AfD eine Stimme bekommen hat, nicht deshalb verschwunden ist, weil es jetzt wieder „gegen den Osten“ geht und die Ukrainer „die Guten“ sind, denen man helfen müsse.

Ich denke, die **Friedensbewegung** tut gut daran, das Thema Rassismus



Anteil der Ukrainisch-Muttersprachler in den Provinzen der Ukraine nach einem Census aus dem Jahr 2001

Grafik: Alex Ora / Wikipedia

auch weiterhin auf der Agenda zu behalten, weil hier die nächsten Konflikte innerhalb unserer Gesellschaft entstehen werden – insbesondere dann, wenn die sozialen Folgen der EU-Sanktionen und der Preiserhöhungen bei Energie als Folge des Krieges die Grenzen des Aushaltbaren für die einfachen Menschen übersteigen.

Dann werden wieder „Schuldige“ gesucht – und wahrscheinlich werden es nicht die Politiker sein, die für solche Wirtschaftssanktionen und für 100 Mrd. Aufrüstung im Bundestag eingetreten sind.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Das Gedenken der Wehrhaften

von German Foreign Policy / 21.4.2022

Außenministerin Baerbock treibt bei ihrem Besuch im Baltikum die Formierung des Westens gegen Russland voran und gedenkt dabei der „Opfer des Kommunismus“, nicht aber der baltischen NS-Opfer. [...]

Die geschichtspolitische Positionierung der deutschen Außenministerin ist auch insofern bemerkenswert, als die deutschen NS-Besatzer und ihre baltischen Kollaborateure nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion auf estnischem, lettischem und litauischem Gebiet beispiellose Verbrechen begingen.

So überlebten nur rund 10.000 der 200.000 litauischen Juden und nur rund 1.000 der 70.000 lettischen Juden den Vernichtungsterror der Deutschen und ihrer Kollaborateure, während etwa drei Viertel der rund 4.000 estnischen Juden nur am Leben blieben, weil sie in die Sowjetunion fliehen konnten.

Ein Gedenken der Ministerin an die Shoah ist nach offiziellen Angaben nicht eingeplant. Unklar ist, ob ein Zusammenhang zur Ehrung einheimischer NS-Kollaborateure besteht, die in allen drei baltischen Staaten verbreitet ist.

Dass die Bundesregierung bereits in der Vergangenheit Rücksichten auf die baltische Kollaborateursverehrung genommen hat, ist belegt.

Dabei geht es um Resolutionen, die regelmäßig von der UN-Generalversammlung verabschiedet werden und sich gegen die Glorifizierung von Nazismus und Neonazismus sowie gegen Rassismus fördernde Praktiken richten. Zuletzt wurde eine derartige Resolution am 16. Dezember 2021 abgesegnet. Sie dringt nicht nur auf ein entschlossenes Vorgehen aller UN-Mitgliedstaaten gegen Rassismus und Antisemitismus; sie drückt zudem „tiefe Sorge über die Glorifizierung ... der Nazibewegung, des Neonazismus und ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS aus“.

Eigens aufgelistet werden das Errichten von Denkmälern und Gedenkstätten, die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen zur NS-Verherrlichung und die Verharmlosung von NS-Kollaborateuren als „Teilnehmer an nationalen Befreiungsbewegungen“. Dabei handelt es sich um Praktiken, die neben dem Baltikum vor allem in der Ukraine zu beobachten sind; dort werden Parteigänger der Nazis wie der Kollaborateur Stepan Bandera, aber auch die an der Shoah beteiligte OUN („Ukrainische Aufstandsarmee“) mit Denkmälern sowie mit nationalen Gedenktagen geehrt

Die UN-Generalversammlung hat die Resolution mit klarer Mehrheit, aber bei weitem nicht einstimmig verabschiedet: 130 Staaten stimmten dafür, 49 enthielten sich, zwei stimmten mit „nein“, zwölf nahmen an der Abstimmung nicht teil. Mit „nein“ stimmten die Ukraine sowie die Vereinigten Staaten. [...]

Bewaffnete Freiwilligenbataillone: Informelle Machthaber in der Ukraine

Übersetzung aus dem Englischen und veröffentlicht von der Bundeszentrale für politische Bildung am 26.9.2018, Autor: Huseyn Aliyev, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Glasgow

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt des nachfolgenden Beitrages ist redaktionell gekürzt. Wir drucken diesen Inhalt trotz der nicht mehr vorhandenen vollständigen Aktualität deshalb ab, um damit zu dokumentieren, dass über öffentlich-rechtliche Medien in der Vergangenheit durchaus differenziert über den Ukraine-Konflikt berichtet wurde.

Zum Inhalt: In dem Beitrag wird von dem Autor (2018!) eingeschätzt, dass eine Entwaffnung dieser Bataillone „derzeit keine realistische Option“ sei. Diese Erfahrung musste auch der derzeitige ukrainische Präsident Selenskyj machen, der vor seiner Wahl 2019 angetreten war, den Krieg im Donbass zu beenden, aber an der Entwaffnung der Freiwilligenbataillone scheiterte. (KP)



Asow-Bataillon in Mariupol, Quelle: Wikipedia

Herausforderer von innen

Die ukrainischen Freiwilligenbataillone (formell "territoriale Verteidigungsbataillone") bildeten sich im Vorfeld der sog. Anti-Terror-Operation (ATO) im Donbass im Frühjahr 2014. Nur wenige Monate nach ihrer Entstehung wurden die meisten Freiwilligenbataillone als Spezialeinheiten entweder unter das Kommando der Nationalgarde oder des Innenministeriums gestellt. Die Kämpfer der Bataillone sind als Soldaten der ukrainischen Streitkräfte anerkannt und erhalten ihr Gehalt vom Staat. 2017 gab es 22 aktive Freiwilligenverbände in der Ukraine.

Ungeachtet dieses offiziellen Status' konnten die Bataillone ihre Unabhängigkeit vom Staat weitgehend er-

halten – durch eine autonome Finanzierung, Logistik, Administration und Rekrutierung. Sie setzen noch immer vor allem auf freiwillige Kämpfer und nicht auf Rekrutierungen durch die Wehrpflicht. Neben der staatlichen Förderung finanzieren sie sich über unabhängige Spenden und privates Crowdfunding.

Die Bataillone beziehen einen Teil ihrer Waffen und Ausrüstung über staatliche Lieferanten, aber auch über private Anbieter. Bei den Parlamentswahlen 2014 konnten sich einige Anführer der Freiwilligenbataillone einen Sitz im Parlament sichern.

Mit ihrem Einsatz bei den Kämpfen im Donbass haben sich die Freiwilligenbataillone das Image einer "Volksarmee" aufgebaut. In einer repräsentativen Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom Juli 2018 sprachen 50 Prozent der Befragten den Freiwilligenbataillonen ihr Vertrauen aus.

Ihre Popularität und ihr offizieller Status als Teil der staatlichen Sicherheitskräfte ermöglichten es den Freiwilligen immer wieder die Poroschenko-Regierung herauszufordern und das staatliche Gewaltmonopol informell zu untergraben.

Die Bataillone werfen der Regierung nicht nur Korruption, eine pro-russische Haltung und schlechte Regierungsführung vor, sondern üben auch über Demonstrationen und Kundgebungen aktiv Druck aus. Seit den Maidan-Protesten 2013/14 nehmen Mitglieder der Freiwilligenbataillone regelmäßig an regierungskritischen Protestveranstaltungen teil. Allein 2016 waren Mitglieder von Asow und dessen politischen Arm Nationales Korps auf mehr als 30 Demonstrationen unterwegs und protestierten unter anderem gegen Holzexporte von der Ukraine in die EU, gegen die Geschäftstätigkeit russischer Banken in der Ukraine und gegen vermeintlich

pro-russische Propaganda im staatlichen Fernsehen. Obwohl der Großteil dieser Proteste friedlich blieb, kam es in einigen Fällen zu Gewaltausbrüchen.

Im Juni 2015 kam es in der westukrainischen Stadt Mukatschewe zu Kämpfen zwischen bewaffneten Rechtsextremen und der Polizei, bei denen neun Polizisten verletzt wurden. Während Sicherheitskräfte, die in den Vorfall verwickelt gewesen waren, von ihren Pflichten entbunden wurden, gab es für die beteiligten Mitglieder des Rechten Sektors keine ernsthaften Konsequenzen.

Bürgerwehren formieren sich

Neben der Teilnahme an Straßenprotesten versuchen Freiwilligenbataillone zusehends, die staatliche Sicherheitspolitik zu unterminieren, indem sie informell Aufgaben der Polizei übernehmen. Die berüchtigte "Nationale Miliz" wurde von Asow und seinem "Nationalen Korps" im Frühjahr 2017 gegründet, um in ukrainischen Städten zu patrouillieren und gegen Straßenkriminalität, öffentlichen Alkoholkonsum, Drogenhandel und andere "anti-ukrainische" Verbrechen vorzugehen.

Die "Nationale Miliz" besteht aus mehr als 1.000 Mitgliedern und ist in 13 Regionen des Landes aktiv. Sie vereint ehemalige Kämpfer, neu angeworbene Nationalisten und, ausweislich der eigenen Internetpräsenz, "verantwortungsbewusste Bürger".

Als Organisator neonazistisch anmutender Fackelmärsche in Kiew und anderen Großstädten genießt die Miliz einen gemischten Ruf: Einerseits geht sie gegen illegale Wilderer vor und leistet Erste Hilfe für ältere Menschen, gleichzeitig ist sie verantwortlich für die Zerstörung von Roma-Siedlungen und brutale Angriffe auf die Roma-Bevölkerung. Mitglieder von Asows "Nationaler Miliz" und der Sitsch-Nachwuchsorganisation C14 griffen in jüngerer Zeit vier Roma-Siedlungen in der

Region Kiew und der Westukraine an. Ironischerweise erhielt C14 nach Berichten des Radiosenders "Hromadske" Zuschüsse vom Ministerium für Jugend und Sport für patriotische Bildung und den Kampf gegen Homophobie. Laut Human Rights Watch übten Mitglieder der Nationalen Miliz, des Rechten Sektors und anderer Freiwilligenbataillone alleine im Jahr 2018 im gesamten Land mehr als 20 Angriffe auf ethnische Minderheiten, die LGBT-Community und Menschenrechtsaktivisten. Die Versuche der Bataillone, die Gerechtigkeit selbst in die Hand zu nehmen, sind eine große Herausforderung für die staatlichen Sicherheitskräfte, denen Ineffizienz und Korruption unterstellt wird. Bemerkenswert ist, dass die Nationale Miliz kurz nach der Gründung einer neuen Streifenpolizei entstand, die das Ergebnis einer großangelegten Polizeireform ist, die maßgeblich von der EU und den USA unterstützt wird. Mitglieder der "Nationalen Miliz" erklären in Interviews immer wieder, dass "die Polizei ihre Aufgaben nicht erfüllt".

Auftragsmorde

Ihr Zugang zu Waffen und ihre militärische Erfahrung machen Freiwilligenkämpfer zu begehrten Auftragskillern für konkurrierende Geschäftsleute, Oligarchen oder rivalisierende Politiker. Je nachdem, wer sie bezahlt, haben die Bataillone schon unterschiedliche Seiten in den kriminellen Fehden verschiedener informeller Machthaber eingenommen. Der Mordversuch an dem Abgeordneten Ihor Mosijtschuk sowie die tödlichen Attentate auf die tschetschenische Aktivistin Amina Okujewa, den belarussisch-russischen Journalisten Pawel Scheremet, den georgisch-tschetschenischen Kremlkritiker Timur Makhauri, den ehemaligen russischen Abgeordneten Denis Woronenkow und den ukrainischen Geheimdienstoffizier Maxim Schapowal sind nur die prominentesten Fälle, in die Mitglieder der Freiwilligenbataillone nachweislich oder mutmaßlich involviert waren. Auch das Attentat auf den im ukrainischen Exil lebenden russischen Journalisten und Kremlkritiker Arkady Babtschenko im Mai 2018 sollte von einem ehemaligen Bataillons-

mitglied ausgeführt werden. Da einige der genannten Opfer zu bestimmten Bataillonen freundschaftliche Beziehungen pflegten, zu anderen hingegen nicht, könnten auch Konflikte zwischen den einzelnen Bataillonen bei der Auswahl der Opfer eine Rolle gespielt haben. Zudem scheinen finanzielle Erwägungen bei der Wahl der Opfer wichtiger gewesen zu sein als nationalistische Motive.

Skrupellose Unternehmer

Auftragsmorde sind nur eine Möglichkeit, wie sich Bataillonsmitglieder auf illegale Weise Geld beschaffen können. Oft werden sie auch für bewaffnete Überfälle und andere "Problemlösungen" engagiert.

Während einige Bataillone eigene private Sicherheitsfirmen gründeten, angegliedert an ihre Einheiten und in einer legalen Grauzone agierend, sind andere informell im Sicherheitssektor tätig und sowohl tagesweise als auch für langfristige Einsätze buchbar. Laut der Website Strana.ua gibt es etwa 30.000 aktive und ehemalige Bataillonsmitglieder, die regelmäßig informelle Sicherheitsdienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen anbieten. Bewaffnete Freiwillige schützen aber nicht nur Unternehmen vor Überfällen, sondern sind auch selbst an Überfällen beteiligt.

Die informellen Sicherheitsdienstleistungen der Bataillone sind nicht nur bei kleinen und mittleren Unternehmen gefragt, sondern auch unter Oligarchen und Politikern. Wie der bekannte ukrainische Journalist Jurij Butusow berichtete, sind einige Bataillone, allen voran die Einheiten des Asow-Bataillons, eng mit dem informellen Finanznetzwerk der mächtigen Oligarchen Rinat Achmetow und Ihor Kolomojskij verbunden. Es ist bekannt, dass Asow an mehreren Unternehmen beteiligt ist, einschließlich einer eigenen Sicherheitsfirma, die ehemalige Kämpfer beschäftigt und unter anderem Geschäfte und Fabriken bewacht, die Achmetow gehören. Ebenso ist bekannt, dass Achmetow, Kolomojskij sowie der ebenfalls einflussreiche Oligarch Dmytro Firtasch den Rechten Sektor, Asow und andere große Freiwilligenbataillone finanzieren.

Fazit

Obwohl Freiwilligenbataillone sich als einflussreiche informelle Interessengruppen etabliert haben, versichern ukrainische Politiker der internationalen Gemeinschaft, dass die Bataillone – ungeachtet ihres positiven Images in der Bevölkerung – keine politische Macht sind. In der Tat zeigen Umfragen des Rasumkow-Zentrums, dass nur 0,5 Prozent der Bevölkerung den politischen Arm des Nationalen Korps und 0,3 Prozent die Partei Rechter Sektor unterstützen.

TSN.ua geht allerdings davon aus, dass die mit Freiwilligenbataillonen assoziierten Parteien insgesamt auf etwa 12 Prozent der Stimmen kommen – selbst unter Berücksichtigung der Fünf-Prozent-Hürde könnten sie dann 40 Abgeordnete stellen und so einen eigenen Block im Parlament etablieren.

Das zeigt, wie kurz davor die Freiwilligenbataillone stehen, zu formalen Machthabern zu werden. Trotz der Bemühungen der Anführer der Freiwilligenbataillone, ihre Position in der Legislative zu stärken, wird die Mehrheit der einfachen Kämpfer schlecht bezahlt und ist empfänglich für informelle und sogar illegale Jobs.

Da die Bataillonskommandeure geschickt Lobbyarbeit betreiben, scheint die Entwaffnung oder die vollständige Legalisierung bewaffneter Freiwilligenbataillone derzeit keine realistische Option. Aufgrund der stillschweigenden Unterstützung durch mächtige Figuren wie z. B. Innenminister Arsen Awakow bleiben die Bataillone unbehelligt. Eine Reihe ukrainischer Analysten halten die Bataillone daher auch für eine "Dritte Kraft", die eine Brückenfunktion zwischen der Regierung und den mächtigen informellen Netzwerken der Oligarchen und Gangsterbosse einnehmen.

Trotz ihrer Kritik an der Regierung haben die Freiwilligenbataillone ein Interesse am Erhalt der bestehenden politischen Ordnung. Gleichzeitig wollen sie aber auch die gegenwärtige informelle Ordnung bewahren, die es ihnen ermöglicht, an finanzielle Mittel zu gelangen und die Unterstützung der Öffentlichkeit zu sichern.

Putin an UN-Chef: Kosovo war der Präzedenzfall für Donbass

Anmerkung der Redaktion

Durch die am 2. März 2022 von der EU verhängten Sanktionen unterliegen die russischen Nachrichtenagenturen RT und SNA/Sputnik faktisch einer Zensur, auch in Deutschland.

Berichte und namentlich gekennzeichnete Meinungsbeiträge des von der russischen Regierung finanzierten Internetportals RT DE sind deshalb nur auf technischen Umwegen über das Internet erreichbar. Wir drucken nachfolgend einen Bericht von RT DE vom 27.4.2022 in vollem Umfang exemplarisch ab, damit sich unsere LeserInnen selbst ein Urteil über die dortige Art der Publizistik machen können. (KP)

Russlands Präsident Wladimir Putin traf sich in Moskau mit UN-Generalsekretär António Guterres, um über die Ukraine-Krise zu sprechen. Beim Treffen kam auch der Kosovo-Fall zur Sprache. Die abtrünnige Provinz Serbiens wird von zahlreichen westlichen Ländern als unabhängig anerkannt.

Der russische Präsident Wladimir Putin empfing am Dienstag UN-Generalsekretär António Guterres im Kreml zu Gesprächen über die Ukraine-Krise. Die beiden erörterten die Lage vor Ort. Putin erläuterte dem UN-Chef die Gründe Russlands für den Beginn seiner Militäroperation gegen das Nachbarland Ende Februar.

Der Schritt Moskaus, die beiden abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk anzuerkennen, basiere auf dem Präzedenzfall Kosovo, der von einem von den Vereinten Nationen unterstützten Gericht geschaffen worden sei, erklärte Putin gegenüber Guterres. Die zwei Republiken seien entstanden, nachdem die Menschen im Osten der Ukraine den vom Westen unterstützten Maidan im Jahr 2014 abgelehnt hätten, erklärte er.

Putin fügte hinzu, dass sich die Regierung in Kiew nach dem Putsch für eine militärische Lösung entschieden habe, die zu der achtjährigen Pattsituation im Donbass geführt habe. Der russische Präsident erklärte:

"Ich erinnere mich sehr gut an die Entscheidung des Internationalen Ge-

richtshofs, die besagt, dass ein Gebiet eines Staates bei der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts nicht verpflichtet ist, bei den zentralen Behörden des Landes die Erlaubnis zu beantragen, um seine Souveränität zu erklären."

Guterres wies sofort darauf hin, dass die UNO selbst das Kosovo noch immer nicht als unabhängig anerkennt, sondern als Teil Serbiens betrachte. Doch Putin erwiderte darauf mit dem Verweis, dass das Gericht dies anerkannt habe. Der rechtliche Präzedenzfall bestehe laut Putin nach wie vor, und das Kosovo sei im Westen weitgehend anerkannt. Der russische Präsident sagte:

"So viele Staaten in der Welt, einschließlich unserer Gegner im Westen, haben dies in Bezug auf das Kosovo getan. Das Kosovo wird von vielen Staaten anerkannt, das ist eine Tatsache. Von vielen westlichen Staaten wird es als unabhängiger Staat anerkannt. Dasselbe haben wir in Bezug auf die Donbass-Republiken getan."

Putin fügte hinzu, dass die Republiken anschließend Moskau um militärische Unterstützung baten, die Russland in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta gewährte.

Neben der Diskussion über das Völkerrecht und die Rechtsgrundlage für die russische Militäroperation sprachen Putin und Guterres auch über die humanitäre Lage vor Ort in der Ukraine. Der UN-Chef erklärte, seine Organisation und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) seien bereit, Hilfe bei der Evakuierung von Zivilisten zu leisten, die zusammen mit den ukrainischen Kämpfern im belagerten Stahlwerk Asowstal in der Stadt Mariupol eingeschlossen sein sollen. Guterres sagte:

"Dies wird eine Operation zur Evakuierung von Zivilisten aus dem Werk sein. Russland ist wiederholt dafür verantwortlich gemacht worden, dass diese Evakuierung nicht durchgeführt wurde. Andererseits hat Russland die Schaffung von [humanitären] Korridoren angekündigt, die jedoch nicht genutzt werden."

Der russische Präsident betonte, dass die Zivilisten, die angeblich in der

Asowstal-Anlage eingeschlossen sind, nur deshalb dort blieben, weil die ukrainischen Kämpfer, einschließlich der Neonazi-Gruppen, die sich in der Anlage verschanzt haben, sie nicht gehen ließen. Putin sagte:

"Wir hören immer wieder von den ukrainischen Behörden, dass sich dort Zivilisten befinden. Aber dann sind die Soldaten der ukrainischen Armee verpflichtet, sie freizulassen, sonst agieren sie wie Terroristen in vielen Ländern der Welt, wie ISIS in Syrien, und verstecken sich hinter der Zivilbevölkerung. Am einfachsten ist es, diese Menschen freizulassen."

Putin wies auch darauf hin, dass der UN-Chef offenbar "falsch informiert" worden wäre, was die von Russland eingerichteten humanitären Korridore beträfe, und wies darauf hin, dass mehr als 100.000 Zivilisten Mariupol über diese Korridore verlassen hätten. Putin fügte hinzu:

"Und sie können überall hingehen: einige wollen nach Russland, andere in die Ukraine. Egal wohin, wir halten sie nicht auf, wir bieten jede Art von Hilfe und Unterstützung."

Russland hatte den Nachbarstaat Ende Februar angegriffen, nachdem die Ukraine die im Jahr 2014 unterzeichneten Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt und Moskau die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk schließlich anerkannt hatte. Das von Deutschland und Frankreich vermittelte Minsker Abkommen sollte den abtrünnigen Regionen einen Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates gewährleisten.

Der Kreml fordert seitdem, dass die Ukraine sich offiziell als neutrales Land deklariert, das niemals der von den USA angeführten NATO-Militärallianz beitreten wird. Kiew jedoch beharrt darauf, dass die russische Aggression völlig unprovokiert gewesen sei und hat Behauptungen zurückgewiesen, es habe geplant, die beiden Republiken mit Gewalt zurückzuerobern.

UN-Generalsekretär António Guterres war vor dem Treffen mit dem russischen Präsidenten noch mit dem Außenminister Sergei Lawrow in Moskau zusammengelassen.

Augenzeugenberichte und Stimmungsbilder aus dem Donbass

*Der längste Krieg in Europa seit 1945– von Ulrich Heyden, Verlag Tredition. 335 Seiten, April 2022
ISBN: 978-3-347-59573-6, 19,90 Euro*

Unsere Wahrnehmung von Kriegsschauplätzen wird dadurch sehr beschränkt, dass es kaum Journalisten vor Ort gibt, die ihren Beruf noch ernst nehmen und ohne propagandistischen Zungenschlag objektiv berichten, vor allem durch Gespräche mit den vom Kriegsgeschehen betroffenen Menschen.

Ulrich Heyden lebt seit langen Jahren in Moskau und kann auf häufige Reisen in die Konfliktregion Donbass verweisen. In der Ukraine selbst hat er seit 2016 ein Einreiseverbot.

Unzählige Artikel über Russland und die Ukraine finden sich u.a. auf den Online-Portalen von Telepolis und den Nachdenkseiten, sowie in den Printmedien (mit online-Angeboten) und „der Freitag“. Letzteres hat sich jedoch kürzlich von ihm getrennt nach einem heftigen Trommelfeuer in der Online-Community wegen seiner kritischen Berichte über die Ukraine.

In dem Buch sind eine Vielzahl seiner Artikelbeiträge in gekürzter Form zusammengefasst und in wesentlichen Teilen ergänzt.

In der am 21.3.2022 verfassten Einleitung des Buches heißt es:

„Dass die Russland-Freunde in Deutschland in Debatten ausschließlich Russlands friedliche Absichten hervorhoben, war angesichts der antirussischen Kriegshysterie in den deutschen Medien verständlich, aber nicht weitsichtig. Russland hatte schon 1999 im Tschetschenienkrieg gezeigt, dass es bei Gefahr für seine staatliche Souveränität – damals ging es um von arabischen Staaten finanzierten Fundamentalismus in Tschetschenien und eine Ausbreitung des Separatismus in Russland – militärisch zuschlägt.“

Hauptmotiv für das Buch war für den Autor, dass in den großen Medien Deutschlands der eigentliche Kriegsbeginn in der Ukraine 2014 verschwiegen wird. Dieser begann am 14. April 2014 damit, dass der damals geschäftsführende, nicht-gewählte ukrainische Präsident Turttschinow Truppen in den

Donbass schickte. Damit sollten die Separatisten in Donezk und Lugansk vertrieben werden. Dieses kostete bisher 14.000 Menschen das Leben, die meisten davon in den von den Volksrepubliken kontrollierten Teilen.

Zur dortigen Präsenz Russlands von 2014 bis zum Februar 2022 schreibt der Autor:

„Bei meinen Reisen in den Donbass habe ich nicht nach russischen Panzern und russischen Militärberatern gesucht. Aber natürlich habe ich immer dann, wenn ich einen Panzer oder anderes militärisches Gerät sah, meine Begleiter gefragt, woher das Gerät ist. Und sie sagten immer, „das ist von den Ukrainern erbeutet“. Ich hatte keinen Grund an dieser Aussage zu zweifeln. Dass es im Donbass russische Militärberater gibt, ist vorstellbar, lässt sich aber nicht beweisen.“

Die nachvollziehbaren Augenzeugenberichte, Wahrnehmungen und Eindrücke stehen im Kontrast zu der Behauptung, dass Russland die Einverleibung des Donbass angestrebt habe. Der Autor stellt infrage, dass der Kreml bis in die jüngste Vergangenheit einen Nutzen von der Aufnahme dieser Problemregion in die Russische Föderation gehabt haben könnte.

Zu der bis zum 21.2.2022 nicht erfolgten formellen Anerkennung der beiden selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk trug sicherlich auch bei, dass dort die Oligarchenherrschaft zumindest partiell infrage gestellt wurde. Allerdings erwies sich das als ein sehr widersprüchlicher Prozess, wie vom Autor dargestellt wird.

Warum das Minsk-2-Abkommen nicht umgesetzt wurde, wird in einem



Screenshot aus Video-Clip des Autors, der auch einen eigenen Videokanal auf YouTube unterhält.

eigenen Kapitel ausführlich behandelt. Über den eigentlichen Inhalt dieses Abkommens ist hierzulande, obwohl häufig im Kontext von Vorwürfen gegen Russland zitiert, praktisch kaum etwas bekannt.

Wichtig zur Beurteilung der weiteren Entwicklungen im Ukrainekrieg ist das Kapitel 5: „Stellungskrieg und Jagd auf Donbass-Kommandeure“. Nachdem die ukrainische Armee in der heißen Phase des Krieges 2014/2015 (Kapitel 4) nicht erfolgreich war, haben die dort seitens der Ukraine im Einsatz befindlichen faschistischen Bataillone sich auf den gelegentlichen, unmotivierten Beschuss von Wohngebieten und die gezielte Tötung von Donbass-Kommandeuren spezialisiert.

Ähnliche Vorgehensweisen mit Aktionen des individuellen Terrors sind deshalb gegenüber den russischen Truppen und zivilen Einrichtungen in den derzeit russisch besetzten Gebieten zu erwarten.

Das Bild, das sich nach der Lektüre des Buches vom Donbass ergibt, steht nicht nur im Kontrast zur behaupteten Einmischung Russlands von 2014 bis zum Februar 2022. Mit den Fakten zum Donbass kann man auch die Verlogenheit der USA darstellen, die im selbigen Zeitraum Milliardenbeträge in die Aufrüstung des ukrainischen Militärs gesteckt haben, mit einer Vielzahl von Militärberatern vor Ort.

Karl-Heinz Peil

Militärische Expertenmeinungen und „Defätismus“

von Erhard Crome, Politikwissenschaftler und Publizist *)

Der Beitrag erschien zuerst am 25.4.2022 in „das Blättchen“

Der frühere US-General Frederick Ben Hodges, in seiner letzten Verwendung Oberkommandierender der US-Streitkräfte Europa, meinte Mitte März 2022, Wladimir Putin werde wegen Personalmangels und Munitionsmangels in höchstens zehn Tagen den Krieg ergebnislos abbrechen müssen. Der Termin ist längst verstrichen und die russischen Streitkräfte haben gerade eine neue Offensive gestartet.

Carlo Masala, seines Zeichens fernseh-umtriebiger Professor an der Universität der Bundeswehr München, bewertete den Teilrückzug der Russen von Kiew Ende März als „Eingeständnis einer militärischen Niederlage“.

Im Gegensatz dazu erklärte nahezu zeitgleich der frühere CIA-Experte und Mitarbeiter des „Büros für Terrorismusbekämpfung“ des US-Außenministeriums, Larry C. Johnson, Russland habe den Krieg bereits gewonnen: „Die ukrainische Armee ist besiegt. Was bleibt, sind Aufräumarbeiten.“

Dazu zählte er, dass innerhalb der ersten 24 Stunden der russischen Militäroperation „alle ukrainischen Bodensradar-Abfangkapazitäten ausgelöscht“ worden seien und Russland „de facto eine Flugverbotszone über der Ukraine eingerichtet“ habe. Die Ukraine verfüge nur noch über schultergestützte Boden-Luft-Raketen, die von der NATO geliefert wurden. Auch wären die ukrainischen Streitkräfte nach dem Vorstoß Russlands auf Kiew nicht mehr zu bedeutenden militärischen Operationen in der Lage.

Bei den russischen Militärschlägen mit modernen Präzisionswaffen gegen Schytomyr und Jaworiw in der Westukraine Mitte März seien wichtige Zentren des Nachschubs von Waffen und der Ausbildung von Ukrainern durch NATO-Personal zerstört worden.

Die Zurückhaltung westlicher Medien bei der Berichterstattung über diese Katastrophe mit über 200 Getöteten, darunter Militärs aus den USA und Großbritannien, erkläre sich daraus, so Johnson, dass man diesen Rückschlag nicht zugeben wollte. Zugleich sei es eine klare Botschaft Russlands gewesen, dass man „die NATO-Truppen in

der Ukraine [...] als Kämpfer betrachtet und behandelt“.

Russische Kriegsführung – eine Schweizer Sichtweise

Jacques Baud, Oberst der Schweizer Armee, hat für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst, die UNO – darunter in unterschiedlichen Friedensmissionen – sowie für die NATO gearbeitet. Er machte insbesondere auf vier Aspekte des bisherigen Kriegsverlaufes aufmerksam:

Zunächst würden die Russen einen „ganz anderen Krieg als die USA“ führen. „Die USA bombardieren zunächst mit der Luftwaffe und legen alles in Schutt und Asche, so dass die Bodentruppen nicht mehr groß kämpfen müssen.“ Die Russen dagegen hätten – das war der Stand der Dinge bis Ostern – die Luftwaffe kaum eingesetzt, um die Verluste unter der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Auch Baud geht davon aus, dass Russland seine Ziele in der Ukraine fast erreicht und es nicht die Absicht habe, die ganze Ukraine in Besitz zu nehmen. Ziel sei es, die Bedrohung für die Donbass-Republiken zu neutralisieren.

Bauds **zweiter Punkt**: Der Großteil der ukrainischen Streitkräfte wurde in der Gegend von Kramatorsk zusammengezogen – auf Befehl des ukrainischen Präsidenten Selenski, der im Frühjahr 2021 die Eroberung der abtrünnigen Republiken angeordnet hatte. Dort sind die ukrainischen Einheiten jetzt eingekesselt und die Offensive der russischen Truppen nach Ostern zielt darauf, diese Hauptkräfte zu zerschlagen.

Der **dritte Punkt** ist der, dass in den Bodenkämpfen innerhalb der Städte weder die russische noch die ukrainische Armee beteiligt sind, sondern Milizen. In Mariupol auf ukrainischer Seite das berüchtigte, oft als „fascistisch“ bezeichnete Asow-Regiment und andere rechtsextreme Teile der Nationalgarde, auf russischer Seite Freiwilligenverbände der Republiken Donezk und Lugansk sowie der tschetschenischen Nationalgarde.

Der **vierte Punkt** schließt hier an. Baud bezieht sich auf seine Erfahrungen in den Friedensmissionen der UNO. Ein wichtiger Schutz der Zivilbevölkerung bestehe darin, den völkerrechtlich gebotenen Unterschied zwischen den kriegsführenden Truppen, den „Kombattanten“, und der Zivilbevölkerung deutlich sichtbar zu machen.

Nur dann sind Zivilpersonen geschützt. Wenn sie aus dem Hinterhalt auf die einrückenden Truppen schießen, sind sie keine Zivilpersonen mehr, sondern Kämpfer, allerdings nicht als Kombattanten im Sinne des Kriegsvölkerrechts geschützt. Insofern sind diese als Kriegsoffer dann keine „zivilen“ Opfer entgegen dem Völkerrecht. „Bürger in Kämpfer zu verwandeln“, so Baud, „klingt romantisch, ist aber kriminell [...] Die Kriegsführung muss so weit wie möglich eine Aufgabe des Militärs bleiben. Wenn man Zivilisten Waffen gibt, erhöht man das Risiko, dass der Krieg von Emotionen geleitet wird und zu Gräueltaten führt.“ Es gebe in der Regel keine Führungsstrukturen, die Milizen verübten Massaker und die Waffen könnten in die falschen Hände geraten, so von kriminellen Banden.

Der ukrainische Präsident hatte bereits am Beginn des Krieges dafür Tür und Tor geöffnet. Es gibt bereits jetzt zwei Verantwortliche für die zu untersuchenden Kriegsverbrechen: Putin und Selenski.

„Kriegsverrat“ historisch

Hier kommen wir auf das Phänomen des „Defätismus“. Der Unglaube an den Sieg des eigenen Landes im Krieg war im ersten wie im zweiten Weltkrieg in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den USA und in anderen Ländern Grund genug, vor ein Kriegsgericht gestellt, hingerichtet oder jahrelang ins Gefängnis, respektive in eine Irrenanstalt gesteckt zu werden.

Die Urteile der deutschen Kriegsgesetzgebung bis 1945 gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ wurden erst 2002 durch den Deutschen Bundestag auf-

gehoben, die gegen „Kriegsverräter“ gar erst 2009. Vor allem die Linkspartei hatte für diese Aufhebung gestritten, gegen den Widerstand vor allem von CDU und SPD.

Als „Kriegsverrat“ galt nicht nur eine aktive Tat, wie bei der Desertion, sondern auch eine abfällige Bemerkung über die Kriegsführung der „eigenen“ Seite, die ein rasches Todesurteil zur Folge haben konnte.

Junge Männer in der Ukraine

Auch in der derzeitigen Ukraine ist der feste Glaube an den Sieg, zumindest an den Sinn des Krieges, staatlich verordnet. Ob wirklich das ganze Volk davon tief durchdrungen ist, wie uns die deutschen „Qualitätsmedien“ Tag für Tag Glauben machen wollen, darf bezweifelt werden. Der Nachrichtenkanal Euronews brachte am 18. April 2022 einen Bericht aus der Karpato-Ukraine, wo die nicht kleine ungarische Minderheit wohnt. Die meisten Familien haben die von Viktor Orbán eingeräumte Möglichkeit genutzt und einen ungarischen Pass erworben, womit sie als Ungarn EU-Bürger sind.

Gleich nach Beginn des russischen Krieges sind nahezu alle ungarischen Männer nach Ungarn geflüchtet, weil sie nicht im Donbass für die Ukraine

sterben wollen. Sie wurden von den ukrainischen Grenzorganen nicht am Verlassen des Landes gehindert. Nach strikt ausgelegtem Völkerrecht – das hat der Sender nicht berichtet – mussten sie das nicht, weil Doppelstaatler sich in dem einen Land nicht auf die Staatsbürgerschaft des anderen berufen können, sondern jeweils als Inländer behandelt werden. Aber wahrscheinlich hatte am Kriegsbeginn niemand Zeit, ernsthaft zu prüfen, wer von denen zugleich ukrainischer Staatsbürger war.

„Feigheit vor dem Feind“ oder Patriotismus?

In Ahlbeck steht ein Gedenkstein. Dort wird gedacht, mit Datum des 5. Mai 1945, an Kurt Bütow, Rudolf Bundschu, Richard Griese, Otto Schnack und Richard Schliifer: „Durch Übergabe an die Rote Armee bewahrten sie Seebad Ahlbeck vor der Zerstörung.“

Kurz nach Beginn des russischen Krieges in der Ukraine hatte Präsident Selenski den israelischen Ministerpräsidenten Bennett um Vermittlung gebeten. Der war dann zuerst beim russischen Präsidenten Putin und dann bei Selenski. Wie schließlich an die Medien durchgesickert wurde, hatte Bennett Selenski empfohlen zu kapitulieren.

Hätte der das getan, würden tausende ukrainische und russische Soldaten noch leben, ebenso zehntausende ukrainische Zivilpersonen. Es hätten nicht fünf Millionen Menschen fliehen müssen und die Städte würden noch stehen, ohne Zerstörungen.

Als 1968 die sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten, hatte der dort verantwortliche Verteidigungsminister befohlen, dass die tschechoslowakischen Truppen in den Kasernen bleiben. Niemand wurde erschossen, keine Stadt in Kämpfen zerstört. Als zwanzig Jahre später der politische Umbruch erfolgte, konnten sich alle Lebenden daran beteiligen.

Im August 2021 flüchtete der afghanische Präsident Aschraf Ghani aus Kabul und alle höhnten ob seiner Feigheit im Angesicht der Taliban. Aber vielleicht war er der größte afghanische Patriot, weil er ein neuerliches Blutbad verhinderte. Auch dort können alle, die jetzt nicht erschossen wurden, in zehn oder 15 Jahren Akteure eines politischen Neuanfangs werden.

Im Grunde ist Defätismus für beide Seiten, die russische wie die ukrainische, der einzige vernünftige Ausweg, der den Umständen des 21. Jahrhunderts gemäß ist.

An der Frontlinie in Lugansk

von Ulrich Heyden, Buchauszug und online in Telepolis vom 9.2.2020 – auch auf ulrich-heyden.de

Wie begann der Krieg? Russische Truppen hätten die Ost-Ukraine besetzt, schreiben deutsche Medien. Aber ich habe in Lugansk keine russischen Truppen gesehen. Dass russische Militärs als Freiwillige in Lugansk im Einsatz sind, will ich nicht ausschließen. Aber Niemand hat sich mir gegenüber als russischer Militär vorgestellt.

Ein Schlüsseldatum des Krieges war für die "Volksrepublik Lugansk" der Einsatz der ukrainischen Luftwaffe am 2. Juni 2014 gegen Ziele im Stadtgebiet Lugansk. Nach Angaben der Polizei von Lugansk und Experten wurden von ukrainischen Suchoi-Kampfflugzeugen 20 Raketen auf die Gebietsverwaltung von Lugansk abgefeuert. Acht Menschen starben. [...]

Nach dem offiziellen Teil unseres Besuches geht die Chefredakteurin zum gemütlichen Teil über. Sie lässt belegte Brote und eine Flasche Wodka bringen. Wir sprechen Trinksprüche auf Frieden und Gesundheit aus.

Doch plötzlich wummern Artilleriegeschütze.

Ich gucke aus dem Fenster auf die Straße und kann es kaum glauben: Die Menschen gehen ruhig weiter ihres Weges und drehen sich noch nicht mal um. Olga Stepanowa meint zu mir: "Wenn Sie ein richtiger Journalist wären, würden Sie jetzt rausgehen und den Krach draußen mit einem Mikrofon aufnehmen." Die Chefredakteurin hatte das in einem scherzhaften Ton gesagt. Doch ihre Mahnung war durchaus ernst gemeint.

Die Menschen in der Volksrepublik Lugansk haben generell das Gefühl, dass die internationale Gemeinschaft sie vergessen hat und die Beschießungen der ukrainischen Armee auf Wohngebiete nicht ernst nimmt.

Das Wummern der Artilleriegeschütze dauerte etwa eine halbe Stunde. Die Menschen in der LNR haben ihre eigene Erklärung für die immer neuen Beschießungen der ukrainischen Armee. Manche sagen: "Die müssen Munition verbrauchen." Es gehe darum "ein Plansoll" zu erfüllen.

Wenn es eine Logik in diesen immer wiederkehrenden Beschießungen gibt, dann ist es meiner Meinung nach das Ziel, die Bevölkerung der "Volksrepubliken" Donezk und Lugansk mürbe zu machen und zu verhindern, dass die Wirtschaft wieder auf die Beine kommt.

Russland und der Westen: Kalter Krieg um Narrative

von Leo Ensel, Publizist



Grafik: Puck-Magazine, 17. Juni 1903, Quelle: Wikipedia

Kämpfe um die Interpretation des politischen Geschehens werden zu Kriegszeiten genauso erbittert geführt wie militärische Schlachten. Denn das siegreiche Narrativ kann über die Zukunft entscheiden

Kürzlich konnte man es im **Deutschlandfunk** mal wieder hören: "2008 wurde **Georgien** von Russland überfallen."

Sie, geschätzte Leserinnen und Leser, sagen vielleicht, das stimme doch gar nicht! Seit mittlerweile zwölf Jahren sei durch eine unabhängige Fact Finding Commission im Auftrag der EU unter Vorsitz der renommierten Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini längst eindeutig geklärt, dass georgisches Militär in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 eine Großoffensive gegen **Südossetien** mit Panzern, Kampffjets, Raketenwerfern und Streubomben auf die schlafende Zivilbevölkerung und auf die dort stationierten russischen Friedenstruppen gestartet habe. 162 Zivilisten und 14 Angehörige russischer Friedenstruppen seien dabei ums Leben gekommen.

Fake News als "Faktum"

Tja, da haben Sie recht. Dennoch ändert das nichts daran, dass bis auf den heutigen Tag selbst in renommierten

deutschen Leitmedien wie der Zeit oder den Tagesthemen unwidersprochen behauptet werden kann, Russland sei der Aggressor gewesen. Eine Fakenews, die sich längst als Faktum durchgesetzt hat.

Und eine beeindruckende Leistung des mit allen US-amerikanischen PR-Wassern gewaschenen damaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, der es fertig brachte, einen Krieg zu beginnen und sich anschließend – mit wohlwollendem Rückenwind in den westlichen Medien – der Welt auch noch als verfolgte Unschuld zu präsentieren.

Für Russland dagegen, das den Krieg mit einem völlig überzogenen Gegenschlag tief in georgisches Kernland militärisch zwar gewonnen, publizistisch aber haushoch verloren hatte, ein Desaster. Schließlich lautet seitdem die westliche Erzählung – wie kürzlich in einer **Sendung bei Arte** mit dem bezeichnenden Titel "*Die Rückkehr des russischen Bären*" wieder aufgewärmt –, Saakaschwili sei im Sommer 2008 "*den Russen in die Falle gelaufen*".

Die Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten: Die USA griffen dem von Russland angegriffenen schuldlosen kleinen Land im Kaukasus mit Militärhilfen großzügig unter die Arme, die Tür zu einer künftigen Nato-Mitgliedschaft blieb nach wie offen und Russland hatte in der westlichen Öffentlichkeit nun wieder das Image eines unberechenbaren potenziellen Aggressors.

Man versteht, warum der Kampf um die Deutung genauso erbittert geführt wird wie der um militärisches Terrain: Die Deutung, die sich heute durchsetzt – bzw. mit der geballten Macht der Leitmedien, oft mit Unterstützung professioneller **Propaganda-Think-Tanks**, durchgesetzt wird –, bestimmt die Handlungen von morgen.

Die konstruierte Kausalität

Auf der Ebene der Fakten ist unbestreitbar: Russland hat am 24. Februar völkerrechtswidrig die Ukraine angegriffen, es hat zahlreiche Militäranla-

gen im ganzen Land zerstört, russische Truppenverbände rückten gegen Städte wie Mykolajiw, Charkiw, Sumy, Tschernihiw, vor allem aber gegen die Hauptstadt Kiew vor.

Städte wie Cherson und Melitopol im Süden wurden eingenommen, zivile Einrichtungen beschossen, modernste Waffensysteme wie die Hyperschallrakete "Kinschal" erleben in einem zynischen "*realen Feldversuch*" ihre Feuerprobe, über tausend ukrainische Zivilisten wurden getötet, Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Hafenstadt Mariupol und andere ukrainische Städte liegen zu großen Teilen in Trümmern.

Die Frage ist: Wie deuten, wie interpretieren wir diese Fakten? In welche Geschichte ordnen wir sie ein? Genauer: Welche Geschichte konstruieren wir um sie herum? Noch genauer: Nach welcher – tatsächlichen oder vorgeblichen – **Kausalität** ordnen wir welche Ereignisse aus der Vergangenheit zu einer (zumindest logisch stringent aussehenden) **Vorgeschichte** der aktuellen Kriegshandlungen und welche möglichen Folgerungen ziehen wir daraus für Putins mutmaßliches morgiges Verhalten und die übermorgigen westlichen Konsequenzen?

Die Folgen der jeweiligen Narrative auf der Handlungsebene werden sich – siehe die mit publizistischer Gewalt durchgesetzte (Fake)-Interpretation des Georgien-Krieges – gravierend unterscheiden und die künftige Politik des Westens vermutlich auf Jahrzehnte bestimmen.

Highway to War ...

Bezogen auf Russlands Aggression gegen die Ukraine bieten sich aus westlicher Perspektive im Prinzip zwei höchst unterschiedliche Deutungen an. Der ersten, die die westliche Berichterstattung aktuell erdrückend dominiert, liegt eine Mischung aus folgenden – hier als Frage formulierten – Unterstellungen zugrunde:

Hat Präsident Putin von Beginn seiner Herrschaft an auf diesen Moment hingearbeitet? Zeigt er jetzt sein wah-

res Gesicht? Will er die **Sowjetunion wiederherstellen**? Sind als Nächstes das Baltikum, Polen und Moldau dran? Stehen russische Truppen übermorgen wieder vor dem Brandenburger Tor in Berlin?

Aus welchen Motiven handelt er? Machtgier? Unstillbarer Hass auf den Westen und seine Werte? Will er als **"Wladimir der Große"** in die Geschichte eingehen? Bekommt er den Hals nicht voll? Ist er etwa krank? Realitätsblind? Größenwahnsinnig? Am Ende gar verrückt?

Verteidigt die Ukraine unter Wologymyr Selenskyj nicht nur das eigene Land, sondern vielmehr heldenhaft unsere westlichen Werte? **Die Freiheit Europas?** Uns?

Stehen EU und Nato im Allgemeinen und Deutschland im Speziellen – natürlich **wegen Krieg und Holocaust** – der Ukraine gegenüber in einer besonderen moralischen Verantwortung, Pflicht, gar Bringschuld? (Eine Klaviatur, der sich der ukrainische Präsident und sein forscher Botschafter in Deutschland virtuos bedienen.)

Folgt man dieser in groben Strichen skizzierten Erzählung, dass Putin nun endlich das realisiert, was er bereits seit Jahren oder Jahrzehnten anstrebte, so liegen die Konsequenzen auf der Hand. Es sind exakt diejenigen, die gerade ohne den geringsten innergesellschaftlichen Widerstand in den EU- und Nato-Staaten flächendeckend durchgesetzt werden:

Astronomische Aufrüstungsprogramme, eine **Remilitarisierung des Denkens und Handelns**, Abbruch nahezu sämtlicher politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Kontakte mit der Russischen Föderation und ihren Menschen sowie eine die Grenze des Absurden überschreitende Ächtung und Exklusion von allem, was nur noch im Entferntesten etwas mit Russland zu tun hat.

Sie reicht mittlerweile von der Entlassung oder Ausladung politisch unliebsamer **prominenter Kulturschaffender** – sofern sie den geforderten Distanzierungserklärungen nicht nachkommen – über die Verbannung russischer Waren aus den Supermärkten bis hin zum weltweiten Importverbot russischer Katzen durch die Internatio-

nal Federation of Felines und ihrem Ausschluss von den Wettbewerben der International Cat Federation ...

Zugleich verlangt diese Erzählung aber auch gebieterisch eine Neubewertung der Vergangenheit: Wenn nämlich Putin schon immer auf den Krieg gegen die Ukraine und womöglich noch Schlimmeres abzielte, dann erweisen sich natürlich all diejenigen, die bis in jüngste Vergangenheit dafür geworben hatten, die russische Perspektive zumindest mal zur Kenntnis zu nehmen, als "geistige Brandstifter", bestenfalls als "nützliche Idioten", die nun öffentlich Abbitte und Buße zu leisten haben.

Die ehemalige Moskau-Korrespondentin der ARD, Gabriele Krone-Schmalz, der gerade von seinem Posten als Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums zurückgetretene Matthias Platzeck, der Ex-Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, General Harald Kujat, der langjährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi oder Sarah Wagenknecht können von diesen Anschuldigungen ein Lied singen.

Soweit der nahezu unangefochten herrschende mediale Narrativ, der in der Retrospektive eine Linearität konstruiert, die geradewegs in den gegenwärtigen Krieg führt.

... or Road with many Crossroads?

Eine andere Erzählung, die aktuell allerdings postwendend in geradezu Pawlow'scher Reflexmanier mit dem Totschlagsvorwurf der Russland- und damit Angriffskriegsverteidigung kaltgestellt wird, würde in folgende Richtung gehen:

Auf der langen Straße bis zu dem Punkt, an dem wir heute stehen, hat es zahlreiche Kreuzungen, viele potenzielle Abbiegungen gegeben, bei denen die Geschichte einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, hätte der Westen rechtzeitig russische Sicherheitsbedürfnisse respektiert.

Diese Erzählung ginge zurück bis ins Frühjahr 1990, in die Zeit der Verhandlungen mit **Michail Gorbatschow**, die künftige Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinten Deutschland betreffend. Sie würde die Bedenken, die Boris Jelzin in den Neunziger-

jahren gegenüber dem damaligen US-Präsidenten Bill Clinton im Vorfeld der ersten Nato-Osterweiterung 1999 äußerte, ebenso berücksichtigen wie die Warnungen des Nestors der amerikanischen Russlandpolitik, George F. Kennan.

Sie würde die Bedeutung der insgesamt fünf Nato-Erweiterungen mit 14 neuen Mitgliedern für das russische Sicherheitsbedürfnis herausarbeiten. Sie würde sich mit dem Bruch der 1990 verabschiedeten **"Charta von Paris"** durch den Angriffskrieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999 und der völkerrechtswidrigen Aggression der von den USA und Großbritannien angeführten **"Koalition der Willigen"** gegen den Irak im März 2003 – die Zahl der Toten geht in die Hunderttausende – beschäftigen.

Sie würde die von den USA nicht unterzeichneten bzw. gekündigten **Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge** – vom A-KSE-Vertrag über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa, den ABM-Vertrag zur Begrenzung strategischer Raketenabwehrsysteme, den INF-Vertrag über die Vernichtung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen bis zur Kündigung des Open-Skies-Treaty – unter die Lupe nehmen.

Sie würde die Bedeutung des weltweiten amerikanischen **Raketenabwehrsystems Aegis** mit seinen angriffsfähigen Modulen unmittelbar vor der russischen Haustür in Rumänien und Polen würdigen. Und sie würde die diversen vom Westen offen oder verdeckt unterstützten **Regime-Change-Versuche** in Osteuropa und im postsowjetischen Raum von Serbien, Georgien, Kirgistan bis zum Euromaidan in Kiew nicht vergessen.

Sie würde auch die beiden großen **Reden Putins in Deutschland** – 2001, zwei Wochen nach 9/11 vor dem Deutschen Bundestag und im Februar 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz – nochmals genauer studieren.

Das Gleiche würde für die russischen Vorschläge eines Gemeinsamen **Sicherheitsraumes von Vancouver bis Wladiwostok** (der damalige Präsident Medwedew im Juni 2008) und einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland (Wladimir Putin in einem

Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung am 25. November 2010) gelten.

Man sieht: Überall an dieser endlos langen Straße gab es Kreuzungen. Es hat keinen linearen Highway in diesen russischen Angriffskrieg gegeben, auch wenn die westlichen Leitmedien uns dies jetzt tagtäglich einhämmern!

Möglicherweise war die allerletzte Chance eines noch rechtzeitigen Abbiegens Mitte Dezember letzten Jahres, als Russland seine Sicherheitsinteressen – zugegebenermaßen in gereiztem, ultimativem Ton und diplomatisch höchst kontraproduktiv – in Briefen gegenüber der Nato und den USA unmissverständlich formulierte.

Niemand weiß, wann genau Putin definitiv die Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine, d.h. zur Verwandlung der als Drohkulisse aufmarschierten russischen Truppen in eine Aggressionsarmee, getroffen hat. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Krieg heute nicht stattfinden würde, wenn der Westen spätestens auf die Briefe vom 17. Dezember flexibler reagiert hätte.

Aber wer es jetzt noch wagt, diese Argumente zu äußern, hat sich im aktuellen Leitmediendauerfeuer definitiv als *"geistiger Brandstifter"*, wenn nicht als Angriffskriegs-Apologet entlarvt und darf sein künftiges Leben als publizistische Leiche fristen.

Was die Argumentation allerdings nicht widerlegt.

Die Alternativen

Die Konsequenzen der jeweiligen Deutungen liegen auf der Hand und diejenige, die sich durchsetzt, wird die westliche Politik der nächsten Jahrzehnte bestimmen.

Setzt sich die "Highway to War"-Geschichte durch – wofür zurzeit so gut wie alles spricht –, dann stehen wir unmittelbar vor einer erneuten Spaltung des europäischen Kontinents, inklusive eines neuen, diesmal rund tausend Kilometer weiter östlichen, Eisernen Vorhanges, der Neuaufgabe des atomaren Wettrüstens mit immer zielgenaueren Trägersystemen bei immer kürzeren Vorwarnzeiten, kurz: vor einem Kalten Krieg 2.0, der angesichts der höchst in-

stabilen geopolitischen Rahmenbedingungen und der Tatsache, dass sich kaum noch ein relevanter Akteur an Regeln hält, erheblich gefährlicher sein wird als der erste. Den Worst Case mag man sich nicht ausmalen!

Würde sich jedoch allen Erwartungen zum Trotz doch noch die Erkenntnis durchsetzen, dass ohne die Berücksichtigung auch russischer Sicherheitsinteressen, ohne den mühsamen Versuch, die aktuell völlig verfahrenere Lage nun als Ausgangspunkt für einen kompletten Restart im Sinne einer neuen Europäischen Sicherheitskonferenz, eines **„Helsinki 2.0“**, zu nutzen, mit dem Ziel einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur, die den epochalen Satz der blutig geschändeten **„Charta von Paris“**: *„Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden“* wieder zu ihrem zentralen Eckpfeiler erklärt, eine friedliche Zukunft auf unserem Kontinent nicht möglich ist, dann hätte die Welt vielleicht noch eine Chance.

Wir haben die Wahl.

Eingebetteter Journalismus – Die Tagesschau scheitert an ihrem Auftrag

von Gert Ewen Ungar / Logon-echon.com / 15.4.2022

Die Tagesschau gilt als Flaggschiff der deutschen Nachrichtensendungen. Als Format im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat sie zudem einen besonderen Auftrag. Diesem Auftrag, neutral und umfassend zu informieren, kommt die Tagesschau nicht nach. Sie betreibt Propaganda.

Die deutsche Berichterstattung zur Ukraine-Krise entspricht in keiner Weise journalistischen Standards. Der deutsche Journalismus ist weder unabhängig noch versucht er sich im Aufbau einer umfassenden Sicht.

Auch das Bemühen um Neutralität sucht man in den großen deutschen Medien aktuell vergebens. Der deutsche Journalismus ist sozusagen „eingebettet“ in das Kriegsgeschehen und medialer Teil der kriegerischen Handlungen des Westens. Der deutsche Journalismus ist in seiner Breite wieder in der Propaganda angekommen.

Als Nachrichtenformat des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist der Anspruch an die Qualität der Berichterstattung ein anderer als an privatrechtliche Nachrichtenformate. Letztere dürfen grundsätzlich verbreiten, was sie wollen. Für sie gilt eben kein Neutralitätsgebot. Letztlich regelt es der Markt, und die fallenden Auflagenzahlen zeigen eigentlich deutlich, dass der deutsche Mainstream gegen die Meinung und Interessen seiner Leser anschreibt.

Dass sich die inhaltliche Ausrichtung trotz der wirtschaftlichen Bedrohung nicht ändert, deutet an, wie eng die

Verflechtung der deutschen Presse mit transatlantischen Interessen ist.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat dagegen im Unterschied zu den privaten Medien einen konkreten Auftrag. Dieser gesetzlich verankerte Auftrag leitet sich historisch aus der Instrumentalisierung der Medien durch den Staat und insbesondere im „Dritten Reich“ der Nazi-Diktatur her. Der deutsche Rundfunk war Staatspropaganda und damit ein strategisch wichtiger Teil der Kriegführung im Zweiten Weltkrieg.

So etwas sollte sich nicht wiederholen können. Es wurde ein institutioneller Rahmen geschaffen, der eine ideologische Vereinnahmung verhindern und einen pluralen Journalismus garantieren sollte. Die Berichterstattung zur Ukraine zeigt nun leider deutlich: Dieses Vorhaben ist grandios gescheitert.

Ein sicherlich nur vorläufiger Tiefpunkt war die Berichterstattung über die Kleinstadt Butscha unweit von Kiew. [...]

Die von der Ukraine in den medialen Raum gestellte Erzählung wird von der Tagesschau weitgehend ungeprüft und ohne kritische Fragen übernommen und mittels der Aktivierung rassistischer Klischees über Russen festgeklopft. Russische Soldaten hätten barbarische Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen, lautet das Narrativ, das seitdem verbreitet wird. Um diese Behauptungen aufrechtzuerhalten, muss jeder Hinweis auf Unstimmigkeiten in der Geschichte von Butscha unterdrückt oder mindestens relativiert werden.

Gemeinsame Sicherheit 2022

Auszüge aus der deutschen Fassung, herausgegeben vom International Peace Bureau (IPB) in Berlin

Der aktuelle Bericht „Common Security 2022“, veröffentlicht vom Olof Palme International Center, Stockholm, dem Weltgewerkschaftsbund (ITUC) und dem Internationalen Friedensbüro (IPB), wurde am 21. April 2022 vorgestellt und trägt den Titel „Gemeinsame Sicherheit 2022“. Der Bericht knüpft an den Olof-Palme-Bericht aus dem Jahr 1982.

Die Welt steht an einem Scheideweg. Sie steht vor der Wahl zwischen einer Existenz auf der Grundlage von Wettbewerb und Aggression oder einer Existenz, die auf einer transformativen Friedensagenda und gemeinsamer Sicherheit beruht.

Im Jahr 2022 ist die Menschheit mit den existenziellen Bedrohungen eines Atomkriegs, des Klimawandels und von Pandemien konfrontiert.

Hinzu kommt eine toxische Mischung aus Ungleichheit, Extremismus, Nationalismus, geschlechtsspezifischer Gewalt und schrumpfenden demokratischen Handlungsspielräumen.

Unser neuer Bericht **Gemeinsame Sicherheit 2022** erscheint zu einer Zeit, in der die internationale Ordnung vor großen Herausforderungen steht. Wir sind Zeugen einer globalen Krise, die durch die Unfähigkeit gekennzeichnet ist, den Klimawandel zu stoppen, ein lückenhaftes und ungleiches globales Vorgehen gegen die COVID-19-Pandemie und eine lange Liste von Konflikten, bei denen die internationale Gemeinschaft versagt hat.

Schon vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie fühlten sich mehr als sechs von sieben Menschen weltweit unsicher.

Es ist Zeit für eine Erneuerung des globalen Sicherheitssystems auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheitsprinzipien. Wir brauchen jetzt mehr denn je ein starkes und effizientes multilaterales System für Frieden und



Sicherheit. Um das Ruder herumzulenken, müssen wir:

Die UN-Charta auf der Grundlage der Rechte und Pflichten von "uns, den Völkern" bekräftigen.

Den Aufruf des UN-Generalsekretärs zu einem weltweiten Waffenstillstand als Ausgangspunkt für Friedensprozesse in verschiedenen Regionen der Welt wiederbeleben und umsetzen.

Das humanitäre Völkerrecht dringend stärken.

Stärkung des Vertrauens zwischen Staaten und Völkern, damit Länder mit unterschiedlichen Systemen, Kulturen, Religionen und Ideologien gemeinsam an globalen Herausforderungen arbeiten können.

Aufbau einer Weltordnung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Es gibt keine Entwicklung ohne Frieden und keinen Frieden ohne Entwicklung.

Gewährleistung einer integrativen Regierungsführung auf allen Ebenen der Gesellschaft, um die demokratischen Grundsätze und die Einbeziehung von Frauen, jungen Menschen und Minderheiten zu gewährleisten.

Empfehlungen

1. Stärkung der globalen Architektur für den Frieden

1.1 Staaten davon abhalten, neue Militärbündnisse zu schließen.

Bestehende **Militärbündnisse** überprüfen, wobei die Zusammenarbeit auf der Grundlage der gemeinsamen Sicherheit als Alternative dienen sollte.

Regionale Gremien wie die Afrikanische Union, die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), der Südasiatische Verband für regionale Zusammenarbeit (SAARC), der Golf-Kooperationsrat und der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ermutigen, Rahmenwerke zu entwickeln, die die Grundsätze der gemeinsamen Sicherheit beinhalten und Strukturen aufzubauen, die zwischen verfeindeten Seiten vermitteln und Vertrauen schaffen können.

1.2 Aufbau oder Erneuerung einer globalen und regionalen **Friedensarchitektur** nach dem Vorbild der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (**OSZE**).

Abhaltung eines Helsinki II-Prozesses im Jahr 2025 - 50 Jahre nachdem das erste Helsinki-Abkommen den Grundstein für die OSZE legte und vorschlug, dass Menschenrechte und Meinungsfreiheit die Grundlage des Friedens sein sollten.

1.3 Unterstützung für eine sofortige Wiederaufnahme der **strategischen Friedensgespräche** zwischen den USA und Russland sowie die Wiederaufnahme des strategischen Dialogs zwischen den USA und China mit dem Ziel der endgültigen Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen.

1.4 Einbeziehung der **klimabedingten Sicherheitsrisiken** in die Konfliktprävention der Vereinten Nationen.

*Sich für die gemeinsame Nutzung **umweltfreundlicher Technologien**, die Umverteilung militärischer Ressourcen zur Bewältigung der Klimabedrohung und die Förderung alternativer Lösungen für Umweltprobleme einsetzen.*

Gerechtigkeit für die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Natio-

nen sicherstellen - durch Wiedergutmachung, Umsiedlung und Unterstützung von klimaresistenter Infrastruktur.

1.5 Einrichtung regelmäßiger **UN-Friedenskonferenzen** auf der Grundlage des UN-Berichts „Unsere gemeinsame Agenda“ nach dem Vorbild der Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (**UNFCCC**).

Friedenskonferenzen alle drei Jahre, um die Fortschritte bei den Rüstungskontrollverträgen zu überprüfen, die Lücke im Friedensdialog zu schließen und Raum für zwischenstaatliche Vereinbarungen zu schaffen.

Die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt der Diskussionen stellen, so wie es die dreigliedrige Internationale Arbeitsorganisation (IAO) in ihrer Arbeitsweise tut.

1.6 Ausweitung des Mandats und der **Ressourcen des Forschungsfonds** und der Kommission für Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen, um sie für internationale Dialogprozesse, zwischenmenschliche Kontakte und Zusammenarbeit sowie demokratische Mobilisierung zu nutzen.

Verstärkte Ausrichtung des Forschungsfonds auf frauenspezifische Lösungen zur Friedenssicherung

Nutzung des Forschungsfonds, um die Zahl der multidisziplinären, multikulturellen und multireligiösen Friedensuniversitäten, -hochschulen und -kongresse zu erhöhen und sicherzustellen, dass sie in konfliktgefährdeten Regionen und Nationen präsent sind.

Jüngeren Generationen mit diesen Einrichtungen das Wissen, die Fähigkeiten und die Instrumente vermitteln, um Bedingungen und Institutionen für praktische Konfliktlösung und Frieden zu schaffen.

1.7 Stärkung der internationalen **Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit** durch die Festlegung eines Ziels für die 50-prozentige Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen internationaler Friedens- und Sicherheitsverpflichtungen.

1.8 Reform der Vereinten Nationen, um der Generalversammlung mehr Macht und Autorität zu verleihen - insbesondere in Sicherheitsfragen -,

um zu vermeiden, dass einzelne Mitglieder das gesamte gemeinsame Sicherheitssystem der Vereinten Nationen lähmen.

2. Eine neue Friedensdividende - Abrüstung und Entwicklung

2.1 Stärkung des internationalen Rechts und Wiederbelebung von Verträgen im Bereich der Abrüstung, Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und des Waffenhandels - insbesondere des Waffenhandelsvertrags (ATT).

*Einführung strenger internationaler Regeln für die Ausfuhr und den Einsatz von **Kleinwaffen** und leichten Waffen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, Gewaltverbrechen und Terrorismus*

*Verabschiedung einer politischen Erklärung gegen den Einsatz von **Explosivwaffen in bewohnten Gebieten** und Stärkung bestehender Verpflichtungen, wie der "Erklärung über sichere Schulen", die Schulen und Universitäten vor Angriffen schützt.*

2.2 Einberufung einer **UN-Sondergeneralversammlung** zum Thema Abrüstung im Jahr 2023/2024, um eine globale Verpflichtung zur Senkung der Militärausgaben um zwei Prozent pro Jahr festzulegen

Festlegung eines globalen Ziels zur Abschaffung von Atomwaffen, um jährlich mehr als 72 Milliarden US-Dollar freizusetzen.

2.3 Nutzung der Reduzierung der Militärausgaben zur Erzielung einer **"globalen Friedensdividende"** zur Finanzierung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, der UN-Friedenskonsolidierung und eines gerechten Übergangs zu klimafreundlichen Arbeitsplätzen.

*Einrichtung einer UN-Institution für **"gerechte Konversion"** und Schaffung von 575 Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 2030 durch die Umwandlung von Arbeitsplätzen und Technologien in der Waffenindustrie in Umwelt- und Gesundheitsinnovationen sowie Impfstoffe und Behandlungen.*

*Verringerung der Ausgaben für Militärpersonal durch die Schaffung von **Zivildienstoptionen** als Alternative zum Militärdienst.*

2.4 Investitionen in die **menschliche Sicherheit** durch einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Ungleichheit bekämpft und eine integrative, widerstandsfähigere und friedlichere Gesellschaft schafft.

Den neuen Sozialvertrag schmieden durch

die Umsetzung der Erklärung zum hundertjährigen Bestehen der ILO im Jahr 2019,

die Abhaltung eines Weltsozialgipfels im Jahr 2025,

die Einrichtung eines globalen Sozialschutzfonds, die Schaffung eines universellen Grundstocks an Arbeitnehmerrechten,

die Ausarbeitung eines multilateralen verbindlichen Vertrags, der Unternehmen in der gesamten Lieferkette die Einhaltung der Menschenrechte vorschreibt,

und die Legalisierung von mehr als einer Milliarde informeller und Plattform-Jobs.

Verstärkung des Kampfes gegen Ungleichheit durch die Einrichtung einer globalen Kommission und eines Regulierungsinstruments, das sich auf transnationale Steuerniveaus und -systeme, illegale Finanzströme und nationale Sozialversicherungssysteme und Besteuerung konzentriert.

3. Wiederbelebung der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung

3.1 Wiedereinführung von Rüstungskontrollverträgen, insbesondere in Bezug auf Atomwaffen und ihre Trägersysteme, z.B. des **Vertrags über nukleare Mittelstreckenwaffen** (INF).

Moratorium für die Stationierung der landgestützten INF-Systeme in Europa als ersten Schritt

*Konkrete, zeitlich begrenzte und transparente Pläne der Vertragsparteien des **Atomwaffensperrvertrags** (NPT), die dringend entwickelt und wo dargestellt werden muss, wie sie ihrer Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung nachkommen wollen.*

*Sicherstellen, dass der Vertrag über das umfassende **Verbot von Nuklearversuchen** (Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty - CTBT) in Kraft tritt.*

Verhandlungen über einen Vertrag, der jede weitere Produktion von spaltbarem Material für den Einsatz in Kernwaffen verbietet.

Wiedereinführung und Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen, wie z.B. des **Vertrags über den Offenen Himmel**.

3.2 Aufforderung an alle Staaten, den Vertrag über das **Verbot von Kernwaffen (TPNW)** zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Die Atomwaffenstaaten sollten sich für den Vertrag engagieren und Beobachter zu den Treffen der Vertragsstaaten entsenden.

3.3 Dringende Fortsetzung der **Reduzierung der Kernwaffen** mit dem Ziel, alle Massenvernichtungswaffen zu beseitigen.

Einbeziehung aller nuklear bewaffneten Staaten, vorrangig aber derjenigen mit den meisten Atomsprenköpfen

Einstellung der Entwicklung neuer Atomwaffen sowie der Modernisierung und Aufrüstung der Atomwaffenarsenale.

Nuklear bewaffnete Staaten und Staaten mit erweiterten nuklearen Abschreckungsvereinbarungen sollten mit

Nicht-Nuklearwaffenstaaten in einen ernsthaften Prozess eintreten, um zu erklären, wie man vom Paradigma der nuklearen Abschreckung abrücken und alternative Sicherheitspolitik entwickeln kann.

3.4 Festlegung auf entschlossene Politik des **Nicht-Ersteinsatzes** aller Nuklearwaffenstaaten

3.5 Die Idee, **atomwaffenfreie Zonen** einzurichten, insbesondere im Nahen Osten/Westasien, in Nordostasien und in Europa, sollte wieder aufgegriffen werden.

3.6 Der Gemeinsame Umfassende Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA), der allgemein als **Iran-Atomabkommen** bekannt ist, muss in vollem Umfang wieder in Kraft gesetzt und von allen Unterzeichnern getreu umgesetzt werden.

3.7 Staaten, die **Atomtests** durchgeführt haben, müssen den Opfern sofortige Hilfe leisten und die Umwelt sanieren, insbesondere für indigene Gemeinschaften.

4. Neue Militärtechnologien und Weltraumwaffen

4.1 Verbot von **Cyberangriffen** auf nukleare Kommando- und Kontrollsysteme, begleitet von einer Entflechtung der Kommando- und Kontrollsysteme für konventionelle und nukleare Waffen.

4.2 Verbot **autonomer Waffensysteme**, um sicherzustellen, dass Menschen die Kontrolle über Waffen und bewaffnete Konflikte behalten.

4.3 Verbot automatisierter Kommando- und **Kontrollsysteme für Kernwaffen**.

4.4 Verbot von Angriffen auf **welt-raumgestützte Frühwarnsatelliten** und Frühwarnkommunikationssysteme.

4.5 Stärkung des **Weltraumvertrags** und Schaffung einer neuen Kultur der verantwortungsvollen Weltraumverwaltung, um eine weitere Militarisierung des Raums zu verhindern.

Stärkung des internationalen Weltraumrechts, um seine Nutzung für friedliche Zwecke und zum Nutzen der gesamten Menschheit zu gewährleisten.

4.6 Begrenzung der **Hyperschallraketen** und Festlegung eines Zeitrahmens für das Verbot dieser Waffen.

Der Bericht der Olof-Palme-Kommission 1982



Olof Palme 1984, Foto: Wikipedia

In diesem Jahr jährt sich zum 40. Mal der Gründungstag der **Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen** von Olof Palme. Die Kommission, die 1982 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges eingesetzt wurde, entwickelte das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit - die Idee, dass Nationen und Bevölkerungen sich nur sicher fühlen können, wenn sich auch ihr Gegenüber sicher fühlt.

Die Palme-Kommission legte eine Reihe von "Grundsätzen" fest - unter anderem, dass alle Nationen ein Recht auf Sicherheit haben, dass militärische Gewalt kein legitimes Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Nationen ist und dass Rüstungsreduzierungen und -begrenzungen für die gegenseitige Sicherheit notwendig sind.

Die sechs ursprünglichen Grundsätze der Palme-Kommission lauteten:

1. Alle Nationen haben ein legitimes Recht auf Sicherheit
2. Militärische Gewalt ist kein legitimes Mittel zur Lösung von Streitigkeiten zwischen Nationen
3. Zurückhaltung ist notwendig, wenn es darum geht, die nationale Politik zum Ausdruck zu bringen
4. Sicherheit kann nicht durch militärische Überlegenheit erlangt werden
5. Reduzierungen und qualitative Begrenzungen der Rüstung sind für die gemeinsame Sicherheit notwendig
6. Verknüpfungen zwischen Rüstungsverhandlungen und politischen Ereignissen sollten vermieden werden

Den Krieg durch Deeskalation und Verhandlungen beenden!

von Joachim Guilliard, Redebeitrag für den Ostermarsch Heidelberg am 16. April 2022



Foto: Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg, 16.4.2022

Wir haben immer dagegen protestiert, Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen. Daher verurteilen wir selbstverständlich den Krieg Russlands in der Ukraine scharf, so wie die Friedensbewegung auch die Kriege des Westens in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak und Libyen, Syrien und Mali verurteilt hat.

Unabhängig davon, wie Vorgeschichte und Umstände zu bewerten sind, kann es aus unserer Sicht keine Rechtfertigung für einen solchen Krieg geben.

Allerdings dürfen wir unsere Vorwürfe nicht ausschließlich an die Adresse Moskaus richten, sondern auch an die der NATO-Staaten. Denn dieser Krieg in Europa hätte verhindert werden können und hätte verhindert werden müssen, wie u.a. die deutsche Sektion von IALANA, der Internationalen Vereinigung von Juristen gegen Atomwaffen in einem Offenen Brief an Kanzler Scholz überzeugend darlegte, in dem sie ihn gleichzeitig aber auch als Völkerrechtsbruch verurteilt.

Gefährliche Eskalation

Dieser Krieg ist eine gewaltige Katastrophe, wie all die andern zuvor, vor allem natürlich für die direkt Betroffenen. Russland hat damit eine brachiale Zäsur in seinen Beziehungen zum Westen vollzogen und die NATO-Staaten halten mit militärischer Unterstützung für die Ukraine und umfassenden Wirtschaftsblockaden dagegen, mit Blockaden, die bereits Auswirkungen auf die Versorgungslage weltweit, vor allem in ärmeren Ländern des globalen Südens haben.

Tatsächlich sind wir damit faktisch bereits selbst im Krieg. Deutschland und seine NATO-Partner wurden längst zur Kriegspartei, direkt militärisch durch Waffenlieferungen und implizit auch durch den beispiellosen Wirtschaftskrieg

den sie entfesselt haben, mit dem Ziel, wie es die grüne Außenministerin offen verkündete, „Russland zu ruinieren“.

Berichte über Gräueltaten und mutmaßliche Kriegsverbrechen häufen sich. Sie kommen von beiden Seiten – wahrgenommen werden jeweils aber nur die Meldungen über die der anderen Seite. Verifizieren lassen sie sich in der Regel nicht. Vorsicht ist bei aufwühlenden Fällen stets angesagt. Denn wie wir wissen, stirbt die Wahrheit im Krieg zuerst und gibt es starke Kräfte, die ein direkteres Eingreifen des Westens erwirken wollen.

Doch unabhängig davon müssen wir natürlich davon ausgehen, dass Gräueltaten begangen werden, von beiden Seiten – das gehört zum Wesen eines Krieges. Der einzige Weg sie zu verhindern, ist alles zu tun, um die Kampfhandlungen so schnell wie möglich zu stoppen.

Die Berichte über Gräueltaten werden hierzulande aber stattdessen zur weiteren Eskalation genutzt, bevor Untersuchungen von unabhängigen Ermittlern überhaupt begonnen wurden. Immer mehr Waffen, auch schwere, sollen geliefert werden und in der NATO wird auch immer wieder der Ruf nach sog. Flugverbotszonen laut – in Washington in einem Maße, dass Militärs aus dem Pentagon sich genötigt sehen, Lageanalysen an die Öffentlichkeit durchzustechen, die das Kriegsgeschehen weniger dramatisch und brutal zeichnen, um der Kriegshysterie etwas entgegenzusetzen.

Demnach hat die russische Armee z.B. in den ersten 24 Tagen weit weniger Bomben und Raketen abgeworfen als die USA im Krieg gegen den Irak

2003 am ersten Tag. Die Analysten des Pentagons sehen zudem auch keinerlei Anzeichen, dass die russische Armee jemals vorhatte die gesamte Ukraine zu besetzen. Sie schließen vielmehr aus dem Vorgehen der russischen Armee, dass es Moskau tatsächlich um die ausgesprochenen, begrenzten Ziele geht, und darum Verhandlungen für eine politische Lösung zu erzwingen.

Dabei sollte doch auch all denen, die ein noch stärkeres, gar direktes militärisches Eingreifen der NATO fordern, klar sein, wie brisant die Situation ist und wie groß die Gefahr, dass der Krieg sich zu einem großen Krieg in Europa ausweiten kann, in dem sich Atommächte gegenüber stehen.

Rasches Ende des Krieges nur über Verhandlungen möglich

Ungeachtet aller Empörung über den russischen Krieg, ein rasches Ende kann nur über Verhandlungen erreicht werden, wie auch der ehem. Bundeswehrgeneral Erich Vad vor kurzem betonte: Man müsse den Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her denken. Im Moment werde „sehr viel Kriegsrhetorik“ gemacht, doch „wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen“, müssten wir, so der langjährige sicherheitspolitische Berater von Angela Merkel, früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.“

Er warnt auch davor, Wladimir Putin zu dämonisieren und ihn „zum krankhaften Despoten“ abzustempeln, „mit dem man nicht reden könne“. „So völkerrechtswidrig und furchtbar der Ukraine-Krieg sei,“ stehe er „doch in einer Kette vergleichbarer westlicher Kriege jüngerer Datums.“ Im Irakkrieg und der darauf folgenden Besetzung des Landes seien bekanntlich Hunderttausende Zivilisten getötet worden.

Kenntnisse über Kriegsursachen für Lösungsansätze nutzen

Voller Empörung über den russischen Krieg wollen viele nicht über dessen Hintergründe reden, aus Sor-

ge, man würde ihn dadurch womöglich rechtfertigen. Um darüber nachzudenken, wie politische Lösungen aussehen können, ist es aber zwingend nötig, auf dessen Ursachen einzugehen.

Tatsächlich sind diese, davon kann man ausgehen, durchaus allen Verantwortlichen im Westen bekannt – auch wenn sie heute bei uns auf eine verquere Art geleugnet werden.

An Warnungen von prominenten westlichen Außenpolitikern und Konfliktforschern, dass die expansive und aggressive Politik der NATO gegen Russland in einem Krieg enden werde, war ja bekanntlich kein Mangel. Insbesondere die Zugehörigkeit der Ukraine zur NATO musste – daran bestand kein Zweifel – von Russland als große, gar existentielle Bedrohung gesehen werden – unabhängig davon, wer es regiert.

Mit der Stationierung neuer Mittelstreckraketen, mit denen die USA ab nächstem Jahr beginnen wollen, wird sie nochmal drastisch verschärft. Selbst durch ihre Lage vor vergleichbaren Bedrohungen geschützt, können sie mit ihnen, aus dem Baltikum oder Polen abgefeuert, in kurzer Zeit Ziele bis weit hinter den Ural zerstören.

Die Hyperschallrakete „*Dark Eagle*“, die ebenfalls kommen soll, könnte Moskau von Deutschland aus in zehn Minuten erreichen und von der Ukraine aus in vier. Wladimir Putin sprach in seiner Rede am 21. Feb. im Hinblick darauf von einem drohenden „*Messer am Hals*“.

Die russische Regierung hatte bekanntlich im Dezember nochmal einen Versuch unternommen, die Lage durch vertragliche Vereinbarungen zu entspannen. Doch die USA und ihre Verbündeten ließen Moskau erneut abblitzen.

Das alles rechtfertigt, wie schon gesagt, keinen Krieg, zeigt jedoch deutlich die Möglichkeiten für eine politische Lösung des Konfliktes auf. Die wesentlichen Punkte liegen offensichtlich auf der Hand: Eine Neutralität der Ukraine, die Akzeptanz der Abspaltung der Krim und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken.

Durch entsprechende Angebote von Kiewer Seite wäre ein Waffenstill-

stand wahrscheinlich rasch erreichbar. Verhandlungen über den Rückzug der russischen Truppen könnten die NATO-Staaten durch Zugeständnisse bzgl. der berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands gute Erfolgsaussichten verschaffen.

Kompromisse blockiert

Bei den Verhandlungen in Ankara lag das, was Moskau verlangte und das worüber Selenski sich bereit erklärt hatte, zu reden, schon nahe beieinander. Doch Washington und London drängten ihn ganz offen nicht nachzugeben und verstärkten, zusammen mit ihren Verbündeten, ihre militärische Unterstützung.

Weder die politischen Verantwortlichen im Westen noch unsere Medien, die lautstark mehr Waffen fordern, interessiert es, ob für die Mehrheit der UkrainerInnen eine Verpflichtung zur Neutralität tatsächlich so schlimm wäre, dass sie bereit sind, dafür den Preis eines längeren Krieges, Tod und Verwüstung in Kauf zu nehmen; oder dafür, die Krim zurückerobert zu können – wohl wissend, dass die überwiegende Mehrheit ihrer Bewohner auf keinen Fall zurück will.

Doch wer die Geschichte der letzten 30 Jahre verfolgt hat, weiß natürlich, dass es in diesem Krieg um weit mehr geht als um die Ukraine, dass es den USA und der NATO darum geht, „Russland zu brechen“, wie es der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger ausdrückte, als er 2015 eindringlich vor den großen Risiken einer solchen Politik warnte.

Militärisch werden die ukrainischen Truppen trotz verstärkter Aufrüstung den russischen weit unterlegen bleiben. Die Falken in Washington und anderen westlichen Hauptstädten setzen jedoch darauf, Russland möglichst lange zermürben zu können, und erinnern an Afghanistan – ein langjähriges, entsetzliches und absolut zynisches Szenario.

Kein Krieg auf dem Rücken der UkrainerInnen

Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen und zu verhindern suchen, dass Deutschland und die EU sich immer weiter in diesen Krieg hin-

einziehen lassen. Wir müssen klar machen, dass wer in dieser Situation Waffen liefert, um ukrainische Truppen zu ermuntern, weiter wacker gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen, nur für eine Verlängerung des Kriegs sorgt, für mehr Tote, mehr Zerstörung.

Natürlich appellieren wir zuallererst an die russische Regierung, den Krieg zu stoppen. Doch gleichzeitig verlangen wir auch von unserer eigenen Regierung und der EU, dringend Schritte zur Deeskalation zu ergreifen. Trotz Kriegesopfer und Gräueltaten führt an Gesprächen zwischen Russland und allen beteiligten Staaten kein Weg vorbei.

Wir fordern die Einstellung von Waffenlieferungen sowie auch ein Ende der umfassenden Wirtschaftsblockaden, die stets überwiegend der Bevölkerung schaden sowie den Konflikt verschärfen und in diesem Fall durch ihre Ausmaße sogar Auswirkung auf Energie- und Lebensmittelversorgung in der ganzen Welt haben.

Gemeinsame Sicherheit statt Aufrüstung

Wir müssen wieder zurück zu den friedenspolitischen Ansätzen der 90er Jahre, die durch die Expansionspolitik der NATO zu Grabe getragen wurden. Eine Friedenspolitik der vertrauensbildenden Maßnahmen, die zu Entspannung und Abrüstung führen muss, zu einem System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit, wie mit der Charta von Paris und folgenden Abkommen angestrebt worden war.

Wir sind entschieden dagegen, dass der Krieg nun zu einer beispiellosen Aufrüstung genutzt werden soll. Wir rufen zu einem breiten gesellschaftlichen Widerstand dagegen auf, dass zukünftig Jahr für Jahr Zige weitere Milliarden fürs Militär ausgegeben werden sollen. Hochrüstung verhindert keine Kriege, sondern macht sie wahrscheinlicher und verbrät Gelder, die dringend in anderen Bereichen gebraucht werden – für Bildung, Gesundheit, ein solidarisches Sozialsystem, Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Bekämpfung der weltweiten Armut.

Ohne NATO leben - Ideen zum Frieden

Ein hybrider Kongress
in Berlin und online am
21. Mai 2022 11:00 - 19:00 Uhr

mit:

Peter Brandt
Reiner Braun
Anu Chenoy (Indien)
Sevim Dagdelen
Daniela Dahn
Eugen Drewermann
Alexej Gromyko (Russland)
Christian Heck
Kate Hudson (GB)
Andrej Hunko
Hans-Jörg Kreowski
Gabriele Krone-Schmalz
Oskar Lafontaine
Norman Paech
Yuri Sheliashenko (Ukraine)
Ekkehard Sieker
Bernhard Trautvetter
Ann Wright (USA)



Kongress „Ohne Nato leben“ - Ideen zum Frieden

NATO und EU haben mit der sogenannten Zeitenwende nicht nur eine neue Politik der Hochrüstung eingeläutet. Jetzt soll auch jeglicher Ansatz von Entspannungspolitik und Friedensdiplomatie diskreditiert und entsorgt werden. Dabei hat es bereits seit Jahren gegenüber Russland nicht zu viele Angebote und Diplomatie gegeben, sondern viel zu wenige. Die NATO war nicht kompromissbereit und setzt ihre eigenen Sicherheitsinteressen auf Kosten anderer durch; so kann keine Sicherheitsordnung in Europa funktionieren.

Auf dem Treffen **am 21.5.** wollen wir Antworten finden auf:

Wie kann der Krieg in der Ukraine gestoppt und wie können die Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands gewährleistet werden?

Was ist und bewirkt die NATO, wem nutzt und wem schadet sie hierzulande und weltweit. Kann die NATO abgeschafft, überwunden oder reformiert werden?

Was wären die Alternativen, eine EU-Armee oder eine gemeinsame nicht-militärische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands, die auf Kooperation mit China zielt? Was könnten die nächsten Schritte in diese Richtung sein?

Welche Ideen zum Frieden, zur Abrüstung und zum öko-sozialen Umbau gibt es und wie können sie wirkmächtig zu einer lebensbejahenden Zukunft beitragen?

Welche Schritte können die Kräfte für den Frieden jetzt mit wem gemeinsam gehen?

Anmeldung für Präsenz und Online erforderlich: kongress@frieden-links.de oder Tel: 0157 53218513

Katholischer Kirchentag vom 25. bis 29. Mai in Stuttgart

Am 28.5.: „Für ein Menschenrecht auf Frieden“ am AFRICOM, mit Franz Alt, Konstantin Wecker u.a.
Weitere Infos: <https://rottenburg-stuttgart.paxchristi.de>



Aktionswoche der Kampagne Stopp Air Base Ramstein vom 19. bis 26. Juni 2022

Letztes Jahr haben wir uns auf der Straße zurückgemeldet, dieses Jahr wollen wir noch mehr werden! Mit unserer Demonstration wollen wir ein deutliches Zeichen gegen Krieg und Aufrüstung setzen. Besonders freuen wir uns, dass Eugen Drewermann auf der Demonstration spricht.

Die diesjährige Demo läuft unter dem Motto „Tanz der Toten vor der Air Base Ramstein – eine Hommage an die Kriegsbefürworter und -profiteure“. Ihr könnt euch auf viele Gäste aus Politik und Wirtschaft freuen, denen der Tod herzlich für ihre Arbeit danken möchte.

Friedenscamp 2022

Das Herzstück der Aktionswoche soll wie in der Vergangenheit wieder das Friedenscamp sein. Dabei ist es uns nicht genug, nur gegen die Air Base und Krieg zu protestieren, sondern auch mit unseren Mitmenschen friedliche Alternativen zu entwickeln und solidarisch zu leben.

Weitere Einzelaktionen und Infos unter:

www.ramstein-kampagne.eu

Weitere Termine im Frühsommer 2022

Proteste gegen den **G7-Gipfel in Elmau**: Alternativgipfel in München am 24.6., Demo am 25.6. in München und Garmisch. Mehr Infos unter: www.stop-g7-elmau.info

International: Gegenaktionen zum **NATO-Gipfel in Madrid** am 29. und 30. Juni 2022. Mehr Infos unter: www.no-to-nato.org

FriedensJournal Nr. 3 – 2022

Anmerkungen und Quellenangaben

Titelseite

Das Foto erschien bereits im FriedensJournal Nr. 3/2021.

Siehe: https://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2021-3_Web.pdf#Page=6

Seite 3 bis 5: Interview mit Dr. Ulrich Schneider

Siehe dazu auch den früheren Interviewbeitrag im FriedensJournal unter dem Titel
Geschichtsrevisionismus und neuer Faschismus

Quelle: https://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2020-2_Web.pdf#Page=3

Seite 6: Das Gedenken der Wehrhaften

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8897>

(Vollständiger Text nur für Abonnenten)

Seite 6 und 7: Bewaffnete Freiwilligenbataillone

Quelle: <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/276568/analyse-bewaffnete-freiwilligenbataillone-informelle-machthaber-in-der-ukraine/>

Veröffentlicht am 26.9.2018

Der Beitrag wurde redaktionell gekürzt um mehrere Beispiele mit Namensnennungen.

Foto: Seite 8:

Kosovo war der Präzedenzfall für Donbass

Der Beitrag erschien am 27.4.2022 unter

Originalquelle: <https://de.rt.com/international/137136-putin-an-un-chef-kosovo/>

Für einen normalen Webbrowser ist diese Adresse nicht erreichbar bzw. seit dem 2.3.2022 in der EU blockiert. Seitdem gibt es mehrere alternative Webadressen für RT DE, die aber mittlerweile auch nur zeitlich begrenzt verfügbar, d.h. nicht gesperrt sind. Eine Umgehung dieser Sperren ist nur mit dem Webbrowser Tor für anonymes Surfen möglich. Dieser kann im Netz heruntergeladen werden unter <https://www.torproject.org/de/download/>

Seite 9:

Augenzeugenberichte und Stimmungsbilder aus dem Donbass

Siehe dazu auch: <https://ulrich-heyden.de/> und den Beitrag auf Seite 11

Video: <https://weltnetz.tv/video/2636-der-laengste-krieg-europa-seit-1945-augenzeugenberichte-aus-dem-donbass>

Ein früherer Beitrag von Ulrich Heyden aus den Nachdenkseiten ist auszugsweise enthalten in

Siehe: https://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2021-3_Web.pdf#Page=6

Seite 10: Militärischen Expertenmeinungen und „Defätismus“

Von Dr. Erhard Crome

Quelle: <https://das-blaettchen.de/2022/04/zeitgemaesser-defaetismus-61302.html>

Seite 11: An der Frontlinie in Lugansk

Von Ulrich Heyden

Quelle:

<https://ulrich-heyden.de/article/der-frontlinie-lugansk-telepolis-berichtet-aus-dem-donbass>

Der Beitrag ist auch im Buch von Ulrich Heyden enthalten (siehe Buchbesprechung Seite 9).

Seite 12 bis 14: Russland und der Westen: Kalter Krieg um Narrative

Der Beitrag erschien zuerst bei Telepolis unter:

<https://www.heise.de/tp/features/Russland-und-der-Westen-Kalter-Krieg-um-Narrative-6659628.html>

Seite 14:

Eingebetteter Journalismus – Die Tagesschau scheitert an ihrem Auftrag

<https://logon-echon.com/2022/04/15/eingebetteter-journalismus-die-tagesschau-scheitert-an-ihrem-auftrag/>

Der Beitrag erschien zuerst bei RT DE.

Seite 15 bis 17: Gemeinsame Sicherheit 2022

Deutsche Fassung abrufbar unter:

http://www.ipb.org/wp-content/uploads/2022/04/CommonSecurity_Report_2022_DE.pdf

Originalfassung auf der Homepage: <https://commonsecurity.org/>

Seite 18 und 19: Den Krieg durch Deeskalation und Verhandlungen beenden!

Ostermarschrede von Joachim Guilliard in Heidelberg, leicht gekürzt

Quelle: <https://jg-nachgetragen.blog/2022/04/19/krieg-in-der-ukraine-durch-deeskalation-und-verhandlungen-beenden/>

Foto: http://antikriegsforum-heidelberg.de/aktionen/om_2022/om_hd_2022.html

Eine Zusammenstellung aller Ostermarschreden, die als Manuskripte vorliegen, findet sich unter:

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2022/reden>